

5. Abschlußplenum

Moderator: **Robert Schock, Berlin**

Robert Schock: Ich habe jetzt die Funktion, die Schlußdiskussion zu moderieren; damit bin ich von der Tagungsleitung beauftragt worden. Der Ablauf sieht vor, und so war auch die Aufgabenstellung für die Arbeitsgruppen, jetzt hier im Plenum abschließend Ergebnisse und Schlußfolgerungen aus den Arbeitsgruppen zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen. Wir haben dafür gemäß dem Tagungsprogramm ca. 2 Stunden Zeit. Ich möchte als erstes um die Berichte aus den Arbeitsgruppen bitten.

Arbeitsgruppe Tagespflege

Leitung und Bericht: Theresia Bähre, Leiterin der Abteilung Erziehungshilfe des Jugendamtes Bremen

In dieser Arbeitsgruppe waren 8 Teilnehmer, darunter eine Vertreterin des Tagesmütter-Modellprojektes vom Deutschen Jugendinstitut, des Verbandes alleinstehender Mütter und Väter e.V., sowie Mitarbeiter des Pflegekinderdienstes und der Familienhilfe des Jugendamtes sowie eine selbständige Psychotherapeutin.

Zunächst wurde die bisherige und gegenwärtige Praxis der Tagespflege in Bremen skizziert: Bereits nach dem Kriege hatte sich Bremen entschieden, in erster Linie Pflegefamilien anstelle z.B. von Kleinstkinderheimen oder Krippen einzurichten, so daß es Tagespflegestellen schon viele Jahre vor Beginn des Modellprojektes „Tagesmütter“ gab. Damals hat sich Bremen gegen eine Beteiligung an diesem Projekt ausgesprochen, einerseits aufgrund bestimmter konzeptioneller Bedenken, vor allem aber um bei den begrenzten personellen und finanziellen Mitteln des gesamten Pflegekinderdienstes, den Dauerpflegestellen Priorität einzuräumen.

Zwischenfrage: Wo ist der Unterschied zwischen Tagespflege und Tagesmütter?

Der Oberbegriff „Pflegestelle“ umfaßt 1. Dauerpflegestelle, in der das Kind praktisch ein Leben lang ist; hier in Bremen sind das heilpädagogische Pflegestellen für besonders schwierige Kinder. 2. die Wochenpflegestelle, in der das Kind am Wochenende von den Eltern nach Hause geholt wird. 3. die Kurzzeit-Pflegestelle, die also praktisch schnell gebraucht wird, wenn die Mutter mal krank ist oder ausfällt und schließlich eben 4. die Tagespflege, wo das Kind tageweise – in der Regel von montags bis freitags – ist, d.h. von den Eltern morgens gebracht und am Abend abgeholt wird. Der Vorteil hier ist, daß man sich z.B. im Gegensatz zur Krippe zeitlich auf die Bedürfnisse und Arbeitszeiten der Eltern einstellen kann und in vieler Hinsicht flexibler ist. Tagesmütter nun sind eine besondere Form der Tagespflege, ein Modell mit Fortbildungsprogrammen, besserer finanzieller Ausstattung und weiteren besonderen Bedingungen.

Der heutige Stand der Tagespflege in Bremen ist, daß etwa 125 Kinder in Tagespflege betreut werden und es darüber hinaus offene Tagespflegestellen gibt. Daraus allerdings den Schluß zu ziehen, wir hätten genug Tagespflegestellen und würden den gesamten Bedarf abdecken, wäre Augenwischerei, denn das Problem liegt darin, daß sich hier Angebot und Nachfrage in den einzelnen Stadtteilen nicht immer decken. Wenn z.B. der Standort der Tagespflegestelle zu weit entfernt ist vom Wohnort und Arbeitsplatz der Eltern, die Kinder unterbringen wollen, läßt sich das ganze oft nicht vermitteln.

Zwischenfrage: Warum und mit welcher Qualifikation nehmen Frauen Kinder in Tagespflege?

Die Motivation der Pflegemutter besteht oft in einem Unausgefülltsein und dem Wunsch, etwas Nützliches zu machen. Häufig ist es die Liebe zu den Kindern, besonders wenn die eigenen schon groß sind, Nachbarschaftshilfe, Freundschaftsdienste oder der Wunsch nach Kontakten zu anderen Eltern bzw. es wird ein Spielgefährte für das eigene (Einzel-)Kind gesucht. Ein wichtiger Vorzug besteht darin, daß die Tätigkeit der Pflegemutter zu Hause ausgeübt werden kann, ja für einige Frauen wird es sogar zum Berufersatz, d.h. sie nehmen mehrere Kinder in Pflege, wenn es Zeit, Raum und Kraft zulassen. Die finanzielle Seite ist selten der Grund, sondern eher oft das Hindernis.

Zur Qualifikationsanforderung: In der Regel wenden sich Frauen an uns, die eigene Kinder haben oder großgezogen haben, d.h. Erfahrungen mit Kindern und im Umgang mit ihnen ist eine von den Mindestvoraussetzungen.

Finanziell ist diese Tätigkeit wenig attraktiv. Der Tagessatz liegt gegenwärtig bei 12,40 DM, was bei 20 Betreuungstagen im Monat abzüglich der Ausgaben für Essen, Windeln etc. – was allerdings von den Eltern mitgebracht bzw. extra erstattet werden sollte – unterm Strich ca. 180 DM monatlich (!) ausmacht, wenn die Mutter z.B. Sozialhilfe empfängt und die Tagespflege in diesem Fall nach dem amtlichen Pflegesatz bezahlt wird. In der Praxis setzt sich allerdings zunehmend durch, daß die Eltern und die Pflegemutter selbst oft höhere Sätze aus-handeln. Das wiederum bedeutet, daß die Leute, die mehr bezahlen können, leichter eine geeignete Tagespflegestelle finden. Eine bessere Bezahlung und Erhöhung des amtlichen Pflegesatzes ist deshalb dringend geboten, nicht zuletzt auch, damit die Pflegemütter dadurch eine größere Anerkennung ihrer anstrengenden Tätigkeit erfahren.

Besondere Schwierigkeiten bestehen bei uns auch hinsichtlich der Frage der Vermittlung und Begleitung. In beiden Fällen handelt es sich vor allem um Personalprobleme. So wurde uns seit der Installierung des Tagespflegeprogramms von der senatorischen Behörde ständig nahegelegt, doch eine zentrale Anlaufstelle für Interessierte einzurichten. Da wir es aber von der personellen Situation her nicht machen konnten, stehen wir unter dem ständigen Druck auch unseres eigenen Anspruchs. Im Moment überlegen wir gemeinsam mit der Amtsleitung, ob wir uns intern umstrukturieren können, aus anderen Arbeitsbereichen Planstellen herausnehmen, um diesen wichtigen Bereich zu verstärken. Aber das heißt bei uns, daß wir das Defizit lediglich verlagern und wir sind gerade amtsintern dabei herauszufinden, welches Defizit nun größer ist, das, welches ich schließen will, oder das, was ich dadurch aufreiße.

Problematisch ist auch der Vermittlungsvorgang selbst. Viele Mütter oder Väter, die ihre Kinder unterbringen möchten, wollen ganz schnell eine Tagespflege benannt bekommen; sie haben oft nicht die Zeit oder manchmal nicht das Interesse, zu uns in das Jugendamt zu kommen, sondern vieles läuft dann telefonisch ab. Nun müssen aber Eltern und Tagespflegestelle auch ein Stück zusammenpassen, z.B. im Hinblick auf Lebens- und Erziehungsstil, gegenseitige Erwartungen, Wohnort usw. Bei unserer telefonischen Vermittlung kann man ein paar Dinge abfragen, um ein gewisses Bild zu bekommen, und man kann dann versuchen zu überlegen, welche Tagespflege zu welcher Person passen würde. Das ist dann aber immer eine Frage, ob die beiden wirklich zusammenpassen. Manchmal geben wir mehrere Adressen raus und überlassen es dann in der Regel den Eltern und der Tagespflege zu sehen, ob sie miteinander zurecht kommen. In diesem Bereich wäre mit Sicherheit eine Verbesserung unter Auswertung der Erfahrungen auch des Tagesmütter-Modells notwendig.

Ein anderer, von den Betroffenen oft monierter Bereich ist die Frage der Elternarbeit, Fortbildung und des Erfahrungsaustauschs. Hier passiert bei uns gar nichts. Die Notwendigkeit jedoch haben wir deutlich erkannt.

In der Arbeitsgruppe hat eine junge Mutter sehr überzeugend und offen geschildert mit welchen Schuldkomplexen, Eifersuchtsgedanken und Ängsten sie der Pflegemutter begegnet und das ist umgekehrt sehr ähnlich. Diese Problematik, die manchmal zwischen Pflegeeltern und leiblichen

Eltern auftritt, ist oft so gravierend, daß eine intensive Begleitung, Beratung oder Gespräche in der Gruppe notwendig wären. Wir erleben es im Jugendamt, daß dies dringend notwendig ist, daß wir es aber bei unserer jetzigen Personalkonstellation einfach nicht leisten können. Ich bin nicht jemand, der immer nur sagt, wenn wir etwas verbessern wollen, dann brauchen wir mehr Geld und mehr Planstellen. Nur ich bin Realistin, um zu sehen, unsere Arbeit stößt da und da auf die Grenzen des mit den zur Verfügung stehenden Mitteln Machbaren und so liste ich zumindest mal auf, was nach unseren Erfahrungen im Bereich der Tagespflege in Bremen besser gemacht werden müßte.

Zwischenfrage: Nach unserer Beobachtung gibt es eine Tendenz, die kleinen Kinder dann als Pflegemutter in Tagespflege aufzunehmen, wenn sie noch weniger Probleme machen, also vor allem unter einem Jahr. Aber diese Kinder werden dann wieder abgegeben, wenn sie anfangen, sehr mobil zu werden, nicht mehr nur lange schlafen usw., weil sich dann der notwendige Aufwand um vieles steigert, so daß die 12,40 DM natürlich eine noch lächerliche Vergütung ist. Haben Sie da einen Überblick, ob es solche Tendenzen gibt und wenn ja, was kann man dagegen tun?

Ja, erstmal ist das eine sehr allgemeine Reaktion, d.h. wenn es schwierig wird, brauche ich Hilfe, um diese Schwierigkeiten zu lösen. Wenn ich nun keine unmittelbare Begleitung habe bzw. keine Möglichkeit, solche Probleme aufzuarbeiten, ist es dann im Bereich des Pflegedienstes in der Tat so, daß das Kind abgegeben wird. Von daher passiert dies auch in der Tagespflege, aber nicht häufiger als in anderen Bereichen. Deshalb sagen wir, die Begleitung und Beratung ist dringend notwendig, damit man eben mit der Entwicklungsphase des Kindes, mit den auftretenden Krisen umzugehen lernt und diese Probleme verarbeiten kann.

Zwischenfrage: Wir haben in unserer Arbeitsgruppe gestern ausführlich darüber gesprochen, daß all diese Mängel, die hier aufgezeigt wurden, eine unheimlich starke Fluktuation bedingen, weil häufig weder die Eltern noch die Pflegemütter zufrieden sind mit dem, was da passiert. Und diese Eltern wenden sich dann mit ihren kleinen Kindern an öffentliche Krippen bzw. an Eltern-Kind-Gruppen, weil sie sich da z.B. mehr Kontinuität in den Beziehungen und der Betreuung erhoffen.

Das mag sicherlich ein Grund sein, aber wir haben ja nicht nur – wenn auch überwiegend – kleine Kinder in der Tagespflege. Die Gründe für die vorzeitige Auflösung des Tagespflegeverhältnisses, die in etwa 65% der Fälle von den Eltern ausgeht, reichen vom Ende oder Wechsel der Arbeit, Aufgabe der Berufstätigkeit bis hin zum Orts- oder Wohnungswechsel, während Schwierigkeiten mit den Pflegemüttern praktisch nie als Begründung genannt werden. In einem Drittel der Fälle geht die Beendigung von der Pflegemutter aus, wobei Schwierigkeiten mit den Eltern des Kindes, Wohnungswechsel und finanzielle Gründe verbunden mit der Wiederaufnahme der Berufstätigkeit sowie Veränderungen in der eigenen Familie als häufigste Begründung, Schwierigkeiten mit dem Kind so gut wie nie genannt werden. Diese Erfahrungen hier in Bremen decken sich übrigens mit dem Projekt Tagesmütter, wo es ebenfalls jährlich eine Fluktuation von 50% gibt, obwohl dort bekanntlich viele Bedingungen besser waren. Diese Fluktuation ist eben tagesstellenbedingt, –spezifisch und deckt sich mit den Erfahrungen im gesamten Bundesgebiet in diesem Bereich. Sicher ist diese Fluktuation auch mal ein Grund zur vorzeitigen Auflösung, aber diese logische Kette hin zu Krippe haben wir hier nicht feststellen können. Das soll aber nicht davon ablenken, daß es berechtigte Kritik und erhebliche Probleme z.B. im Hinblick auf die Begleitung und Beratung gibt, wie es vorhin dargelegt wurde. Insbesondere Informationen, also ein Angebot im Rahmen dessen man Schwierigkeiten aufarbeiten kann, ist dringend notwendig. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, daß wir in diesem Jahr endlich begonnen haben, Pflegeelternarbeit aufzubauen und dafür 5 000 DM zur Verfügung hatten. Im Rahmen des Haushalts-Kürzungsverfahrens sind uns gerade diese Mittel vollständig

gestrichen worden. Wir haben also nach langer Vorbereitung Dinge angekurbelt und haben jetzt keine Mittel mehr für die Beratung, Elternarbeit in Form von Gruppenabenden, Vorträge, Honorare für Referenten usw. Das bedeutet nicht, daß wir überhaupt nichts mehr machen können. Die Zusammenarbeit mit Mütterschulen, mit Volkshochschulen usw. wird jetzt um so intensiver. Ziel ist u.a. auf Stadtteilebene einen regionalen Verbund z.B. in Bürgerhäusern oder anderen Familienbildungsstätten aufzubauen. Man muß koordinieren, man muß alles versuchen und sich auch was einfallen lassen. Darum bemühen wir uns, aber manchmal wäre ein bißchen Starthilfe auch günstig. Zumindest aber im Bereich der Tagespflege ließe sich noch manches verbessern.

Wir haben in der Arbeitsgruppe auch diskutiert, daß der Ruf nach mehr Staat und öffentlicher Unterstützung nicht immer der einzige oder richtige Weg ist, sondern es auch darauf ankommt, verstärkt Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Ich will das an einem konkreten Beispiel verdeutlichen: Das Jugendamt gibt den Impuls und hilft z.B. durch Beschaffung geeigneter Räume, technisch-organisatorische Unterstützung usw. bei der Bildung von Elterninitiativen im Bereich der Tagespflege, die dann ihre Probleme besprechen, austauschen können und als Gruppe ihre Interessen und Forderungen artikulieren. Da werden zunächst die Pflegeeltern unter sich zusammenkommen, vielleicht unterstützt von einer erfahrenen Tagesmutter als Laienberaterin. Langfristig sollte jedoch auch die wesentlich schwierigere Integration der Eltern und Kinder angestrebt und durch Einzelgespräche, Hausbesuche, Beratung bei Konflikten und ähnliches angeregt werden.

Wenn ich zum Schluß nochmal zusammenfasse, was an notwendigen Verbesserungen im Bereich der Tagespflege in Bremen ansteht, wäre das einmal eine zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle, dann ein Stück mehr Begleitung, Beratung oder Initiierung von Erfahrungsaustausch und Kommunikation und schließlich noch mal die Frage der Finanzierung und Bezahlung der Pflegerinnen vor allem durch Erhöhung des amtlichen Pflegegeldsatzes.

Anmerkung einer Mitarbeiterin des Amtes für Familienhilfe: Frau Bähre, ich hätte erwartet, daß Sie deutlicher werden. Sie haben nur eine winzige Spitze des Eisberges genannt. Die Tagespflegestellen sind wirklich nach den Großmüttern und den Au-pair-Mädchen die billigste Form, eine Tagesbetreuung zu organisieren. Alles was eigentlich eine wichtige Voraussetzung ist, z.B., daß die Frauen, die das machen, eine Mindestbefähigung dazu haben sollten und nicht jeder der kommt und sagt, ich möchte das machen, ich bin kindertreu, der kann es machen.

Ich habe beruflich damit zu tun, die Situation zu begutachten, wie es nun läuft. Ich muß ehrlich sagen, daß ich trotz dieser Aufgabe oft nicht sagen kann, wie es wirklich läuft. Ich kann nur immer wieder feststellen, daß die Eltern und die Pflegemütter eine unglaubliche Angst haben, miteinander umzugehen. Sie machen sich die Tür auf, geben das Kind ab, dann läuft nichts mehr. Das ist mit Angst verbunden, da die Eltern darauf angewiesen sind, diese Pflegemütter zu behalten und möchten auch darum keine Konflikte eingehen. Dementsprechend sind auch ihre Anforderungen anspruchsloser. Sie halten sehr miese Situationen aufgrund ihrer Notsituation aus. Ähnlich ist es auch bei der Tagesmutter oder Pflegemutter, die die 300 DM, die sie bekommt, auch als Aufbesserung ihrer Sozialhilfe nötig braucht, von daher auch nicht ohne weiteres auf das Kind und die 300 DM verzichten möchte. So sieht die Situation aus. Welche Forderungen lassen sich daraus jetzt ableiten?

Einmal, das hatten Sie gesagt, eine bessere Bezahlung der Pflegemütter überhaupt. Ganz wichtig ist die Frage der Begleitung, der Initiierung der Kontakte zwischen den Pflegemüttern und Eltern. Schließlich ist es eindeutig, daß wir für eine weitestgehende Kontinuität der Betreuungsumwelt sorgen sollten, da diese für eine optimale Entwicklung des Kindes notwendig ist.

Wenn Sie jetzt sagen, Frau Bähre, Sie wünschen dieses zwar, aber das wäre nicht unbedingt mit Planstellenvermehrung und zusätzlichen finanziellen Mitteln verbunden, dann muß ich sagen, daß ich das überhaupt nicht nachvollziehen kann.

Robert Schock: Obwohl es Leute gibt, die in den vergangenen Tagen nicht hier waren, müssen wir anschließen an die Arbeit, die bereits im Plenum geleistet worden ist. Ich möchte deshalb die bisherige Arbeit im Plenum dahingehend zusammenfassen, daß es einen Konsens darüber gibt, daß eine Reihe familienunterstützender Maßnahmen dringlich notwendig bzw. auch ausbaubedürftig ist oder auch noch weiter qualifiziert werden muß. Zweitens, es gibt Konsens darüber, daß Formen familienergänzender Erziehung sinnvoll und notwendig sind; dieses trifft sowohl auf die Tagespflege bzw. Tagesmütter, wie auch Eltern-Kind-Gruppen und Krippen zu. Hierbei können wir uns auf Forschungsergebnisse beziehen.

Die Anmerkungen, die jetzt zu dem Thema „Was brauchen unsere Kinder in den ersten drei Lebensjahren?“ notwendig sind, beziehen sich auf den Aspekt, inwieweit die Bedingungen unzureichend sind. Denn Aufgabe der Fachtagung, angesichts durchschnittlich unzureichender Gegebenheiten, ist es, deutlich zu machen, welche Forderungen aus fachlicher Sicht erhoben werden müssen. Hierfür ein Beispiel: Die Untersuchungen zum Tagesmüttermodell haben eindrucksvoll verdeutlicht, daß der Verwaltungsakt der Registrierung von Tagespflegestellen zwar ein sinnvolles Unternehmen ist, aber nicht ausreicht. Gerade das Tagesmütterprojekt hat sich dadurch ausgezeichnet, daß eine Reihe wichtiger Bedingungen realisiert worden sind, die aus der Sicht aller Beteiligten grundlegend sind. Ich glaube, daß wir solche Bedingungen hier benennen müssen.

Zum weiteren Verfahren: Wir sollten die Arbeitsgruppenberichte hören, lediglich informative Rückfragen anschließen, um dann im Anschluß noch Zeit zu haben, um zu den verschiedenen Bereichen fachlich angebotene Bedingungen zu präzisieren und zu einer abschließenden Einschätzung der Tagung zu kommen.

Arbeitsgruppe Kinderkrippe

Leitung und Bericht: Wiltrud Sossna, Leiterin der Universitäts-Kinderkrippe, Bremen

In dieser Arbeitsgruppe waren ca. 50-60 Teilnehmer, darunter u.a. Vertreter von Krippen in Bremen, Oldenburg und Berlin, der Leiter und der zuständige Referent des Landesjugendamtes Bremen, Mitarbeiter aus dem Jugendamt/Amt für Familienhilfe, Wissenschaftler mit dem Schwerpunkt Krippenerziehung, Kinderärzte, Psychologen und eine Reihe von Eltern.

Zu Beginn wurden zwei der drei Bremer Krippeneinrichtungen (Vertreter der Krippe der Arbeiterwohlfahrt waren in dieser Gruppe leider nicht anwesend) vorgestellt und deren Bedingungen bzw. Probleme diskutiert.

Kindertagesheim an der Universität Bremen

Träger dieser Krippen ist das Sozialwerk für die Mitglieder der Hochschulen im Lande Bremen. Aufgenommen werden nur Kinder, sofern mindestens ein Elternteil im Lande Bremen immatrikuliert ist. Zunächst nur als „stundenweise Unterbringungsmöglichkeit“ für Studentenkinder geplant, wurden bald unter großem Einsatz der Mitarbeiter feste Gruppen und eine Unterbringung von 8.00 bis 14.00 Uhr, aber maximal 4-5 Stunden pro Tag, durchgesetzt. Die Krippe nimmt 22 Kinder im Alter von 6 Monaten bis zu 3 1/2 Jahren in altersgleichen Gruppen auf. Jede Gruppe hat zwei feste Bezugspersonen. Außerdem stehen eine Springkraft und eine Zwischenpraktikantin zur Verfügung. Geleitet wird die Krippe von einer Sozialpädagogin. In allen Gruppen finden regelmäßige Elternabende (ca. alle 4 Wochen) statt. Neben allgemeinen Informationen wird dort über den Entwicklungsstand der Kinder und über allgemeine Erziehungsprobleme gesprochen. Vor der Aufnahme der Kinder finden ausführliche Gespräche zwischen den Bezugspersonen und Eltern statt und auch morgens und mittags steht den Mitarbeitern Zeit zu Elterngesprächen zur Verfügung. Außerdem besteht ein Elternbeirat (KTH-Ausschuß), der mit zwei Eltern und zwei Mitarbeitern paritätisch besetzt ist; und in dem die ganze Einrichtung betreffende Fragen besprochen werden.

Zweimal wöchentlich finden Mitarbeiterbesprechungen statt, bei denen Gruppen- und Einzelprobleme besprochen und allgemeine pädagogische Fragen diskutiert werden.

Die Krippe versteht sich als familienergänzende Einrichtung, die den Kindern neben der Familie Erfahrungen und Kenntnisse vermittelt. Allen Kindern werden dem Alter angemessene kleine Beschäftigungen angeboten, die sich stark an den Interessen und der Lebenssituation der Kinder orientieren. Im freien Spiel lernen die Kinder Rücksicht zu nehmen, mit anderen Kindern zu kooperieren sowie eigene Ideen einzubringen und durchzusetzen. Die Krippe verschafft den Kindern, die größtenteils als Einzelkinder aufwachsen, Möglichkeiten, soziales Verhalten zu erlernen.

Mit der altersgleichen Gruppenstruktur, die vor allem auf die räumlichen Voraussetzungen zurückzuführen ist, wurden gute Erfahrungen gemacht. Da die Kinder einer Gruppe fast gleichaltrig sind, haben sie auch annähernd gleiche Interessen und gleichen Entwicklungsstand, so daß viele Aktivitäten mit allen Kindern zusammen gemacht werden können, was das Gruppengefühl stärkt. Die Kinder können und sollen aber auch öfter in andere Gruppen gehen und lernen, sich dort einzufügen, wodurch eine große Offenheit der Gruppen erreicht wird.

Die Eltern dieser Gruppen bestätigen, daß ihre Kinder in der Regel mit Freude in das Kindertagesheim gehen und, falls sie einmal nicht gehen können, traurig sind. Außerdem kann festgestellt werden, daß die Kinder im Kindertagesheim wesentlich früher eigene Wünsche, Vorstellungen und Durchsetzungsmöglichkeiten entwickeln als Kinder, die ausschließlich im Familienverband aufwachsen. Die sogenannte „Trotzphase“ tritt meistens schon früher auf als bei Kindern, die in der Familie aufwachsen. Diese verläuft im Kindertagesheim aber anders, nämlich ausschließlich kooperativ unter den Kindern und nicht wie in Familien in Form eines Machtkampfes zwischen Kind und erwachsenen Bezugspersonen.

Die Ursache der Entwicklung dieses sozialen Verhaltens ist, daß das Kind in der gleichaltrigen Gruppe wie im Kindertagesheim schneller von der passiven Egozentrik in eine soziale Aktivität hineinwächst. Das Kind empfindet oft in der Familie durch die Größe bzw. durch die Gegenwart der Erwachsenen Hilflosigkeit, sich selbst zu versorgen, eine Ohnmacht gegenüber den Erwachsenen in dem Familienverband. Das Kind wird gezwungen, sich an die Familienmitglieder und Regeln anzupassen. In der Kindergruppe des Kindertagesheims wird der Zwang teilweise zum Bedürfnis, da die Regeln des Kindertagesheims und der Kindergruppe zum großen Teil durch die Bedürfnisse und Vorstellungen der altersgleichen Kinder bestimmt werden und erst sekundär von den Erwachsenen. Die Kinder können sich besser darauf einstellen, weil die Realisierung von eigenen Wünschen in diesen Regeln meist enthalten sind. Notwendige Verbote werden im Kindertagesheim durch pädagogisches Personal mit viel Geduld erläutert. Das Kindertagesheim bietet eine wichtige Voraussetzung, um soziales Verhalten und die Selbständigkeit des Kindes zu fördern und Regeln und Verbote möglichst gering zu halten, nämlich die kinderfreundliche Einrichtung (niedrige Stühle, Tische, Schränke, sanitäre Anlage, abgesicherte gefährliche Einrichtungen).

Die oben genannten Bedingungen können kaum in einer normalen Wohnung einer Studentenfamilie bzw. Pflegestelle geschaffen werden.

Der finanzielle Beitrag der Eltern richtet sich nach dem jeweiligen Einkommen und ist den Beitragssätzen der staatlichen Kindertagesheime angeglichen.

Da der Bedarf an Krippenplätzen hier etwa drei Mal so hoch ist wie Plätze zur Verfügung stehen, ist die Aufnahmesituation sehr schwierig. Neben der Immatrikulation gelten u.a. als Auswahlkriterium: Wohnungssituation, Examen, Arbeitsbelastung usw. Eine Warteliste wird aufgrund des großen Bedarfs und der konstanten Gruppen nicht geführt.

Die positiven Erfahrungen können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

1. Die gleichaltrige Gruppe, die einzelne Lernschritte verstärkt und Kindern ein Gefühl der stärkeren Geborgenheit zugleich vermittelt.
2. Die kinderfreundliche Umgebung, die ein Kind mit geringem Zwang belegt und zu selbständigem Handeln anregt.

3. Reichhaltiges Spielmaterial, das der vielfältigen Förderung von Interessen und Fähigkeiten dient und den Kindern spielend viele Anregungen vermittelt.
4. Pädagogisches Personal, das intensiv und ohne Unterbrechung durch notwendige häusliche Tätigkeiten wie kochen usw. Spielangebote für die Kindergruppe am Vormittag anbietet, auf Schwierigkeiten einzelner Kinder gezielt eingeht und die Eltern in aktiver Elternarbeit mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen bei der Erziehung der Kinder in der Familie berät und unterstützt. Ein zusätzlicher Faktor ist die fachliche Beratung und gegenseitige Hilfe und Kontrolle bei der Betreuung der Kinder durch die Mitarbeiter des Kindertagesheims auf den wöchentlich stattfindenden Mitarbeiterbesprechungen. Insgesamt ist eine optimale Betreuung gewährleistet.

Als Schlußfolgerung aus dem Genannten kann festgestellt werden, daß die Gruppen von Kleinstkindern im Kindertagesheim des Sozialwerks nicht überfordert sind, sondern die Kindertagesheimbetreuung als eine wertvolle Ergänzung zur Erziehung in der Familie angesehen werden muß.

Kinderkrippe Wieting

Diese Krippe entstand 1971 als private Einrichtung aus der Eigeninitiative und dem Interesse der Leiterin an der Betreuung von Kleinstkindern. In dieser Krippe werden z.Zt. 15 Kinder zwischen 0 und 3 Jahren in drei altersgemischten Gruppen betreut, die je eine Kinderpflegerin und z.T. eine Helferin haben. Die Springerdienste werden von einer Praktikantin und der Leiterin übernommen, die neben der Organisation und Verwaltung auch die Küche versorgt.

Das größte Problem waren und sind die Finanzen, da die Jugendpolitik in Bremen bekanntlich Tagespflegefamilien bevorzugt und an Krippenerziehung wenig Interesse zeigt. Der hohe monatliche Pflegesatz von 650 DM, den die Eltern pro Kind bezahlen müssen, reicht nicht für eine angemessene Entlohnung der Mitarbeiter aus (1 300 DM brutto bei 8 Stunden täglicher Arbeitszeit), da die Einrichtung selbst keine staatliche Zuschüsse erhält. Die Eltern können im Falle der Bedürftigkeit „Hilfe zur Erziehung“ nach dem Bundessozialhilfegesetz beantragen, die sich in ihrer Höhe nach dem jeweiligen Einkommen und den Ausgaben richtet. Das Antragsverfahren und die damit verbundene halbjährliche Offenlegung der gesamten finanziellen Situation wurde von mehreren Eltern als erniedrigend und unzumutbar empfunden und eine großzügigere Praxis bei dieser Einzelfallentscheidung als Minimalforderung verlangt. Von den anwesenden Vertretern der Landesjugendbehörde wurde die individuelle Unterstützung nach dem Sozialhilfegesetz anstelle einer institutionellen Förderung als durchaus problematisch anerkannt und auch eingeräumt, daß in der Praxis häufig der Anspruch nicht aus finanziellen, sondern aus erzieherischen Gründen verneint bzw. der Bedarf trotz gleicher finanzieller Unterstützungssätze anstelle von Krippenplätzen auf die Tagespflegestellen umgelenkt werden. Vor allem von Berliner Tagungsteilnehmern wurden das Selbstverständnis und die Untätigkeit der Jugendpolitik in Bremen massiv angegriffen, deren Aufgabe es nicht sein könne, über Jahre hinweg falsche Argumente aus der Deprivationsforschung in unverantwortlicher Weise zu kolportieren, anstatt sich als Interessensvertreter der kleinen Kinder zu profilieren. Gegen den Vorwurf erheblicher jugendpolitischer Versäumnisse im Bereich der öffentlichen Kleinstkindererziehung wurde auf die Anstrengungen und Erfolge im Elementarbereich in Bremen verwiesen und diese Prioritätensetzung mit dem Hinweis verbunden, daß man nicht alles gleichzeitig machen kann und auch erst eine bestimmte gesellschaftspolitische Diskussion im Gang sein muß, bevor bestimmte Entwicklungen eingeleitet werden können. Von den Mitarbeitern des Amts für Familienhilfe wurden gegen die für Bremen typische Bevorzugung der Tagespflegestellen erhebliche Bedenken erhoben, da nur sehr wenige Pflegestellen guten Gewissens positiv bewertet und empfohlen werden können, aber viele trotz fehlender Qualifikation und häufig zweifelhafter Motivation bzw. Praxis nur aufgrund der Notsituation genehmigt werden.

Die gegenwärtige Krippensituation wurde in der Arbeitsgruppe mehrfach dahingehend kritisiert, daß in Bremen etwas jugendpolitisch verhindert wird, was nicht nur im Falle berufstätiger und alleinerziehender Eltern eine gesellschaftliche Verpflichtung ist. Dadurch wird privatem Profit Tor und Tür geöffnet und ein Problem auf Kosten der Eltern und Kinder verschleppt.

Von wissenschaftlicher Seite wurde durch jahrelange, bände-füllende Forschung bestätigte Erkenntnisse hingewiesen, daß Kleinstkinder insbesondere von Unterschichtsfamilien sich in Krippen besser entwickeln, aber auch in Tagespflegestellen immer noch besser aufgehoben sind, als wenn man die Familien mit der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder allein läßt.

Zusammenfassend wurden von einem Teilnehmer folgende Perspektiven und Forderungen formuliert:

Sicherlich gibt sich niemand der Illusion hin, daß unter den gegebenen Umständen politisch und finanziell machbar wäre, daß in Bremen in den nächsten Jahren drei- oder viertausend Krippenplätze eingerichtet werden.

Dennoch ist die Anerkennung familienergänzender Kleinstkinderziehung z.B. in Krippen oder in der kollektiven Form von Eltern-Kind-Gruppen als sinnvolle pädagogische Maßnahme von grundlegender Bedeutung.

Die Erstellung eines Planes, wie in den nächsten Jahren trotz allgemeiner Einsparungen sukzessive ausreichend ausgestattete Einrichtungen zur Tagesbetreuung von Kindern unter 3 Jahren geschaffen bzw. deren Situation verbessert werden können, darf nicht länger hinausgezögert werden.

Die Eltern-Kind-Gruppen mit Kindern unter 3 Jahren müssen, entsprechend der Regelung für Gruppen mit älteren Kindern, ebenfalls öffentlich gefördert werden.

Ergänzungen aus der Arbeitsgruppe: Wir sind wenig dazu gekommen zu sagen, wie wir uns die pädagogischen Bedingungen eigentlich in Krippen vorstellen. Es gab keine Konsensbildung hinsichtlich der notwendigen Rahmenbedingungen, gleichwohl gab es doch auch Berichte über das Modell der Altersmischung in Nordrhein-Westfalen. Die Altersmischung bezieht sich dort auf die Spanne zwischen 8 Wochen und 6 Jahren, und die Gruppe wird nach einer Quotierung der verschiedenen Altersstufen zusammengestellt. Die Gruppenstärke ist 15 Kinder. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß für eine solche Gruppe von den Richtlinien her für die Ganztagsbetreuung 2 1/2 Kräfte vorgesehen und auch vorhanden sind, teilweise sogar 3 Kräfte. Es wurden Erfahrungen dazu berichtet, die den Eindruck entstehen ließen, daß bei diesem Personalschlüssel die notwendige Differenzierung in der Arbeit möglich ist und gleichzeitig über die Altersmischung soziales Lernen und wechselseitige Anregungen zwischen den Kindern stattfinden. Aus Berliner Sicht ist noch nachzutragen, daß bei Gruppengrößen dort von 8-10 Kindern in der Krippe ein Personalschlüssel von 1 1/2 Erzieher pro Gruppe gegeben ist, fachlich allerdings zwei Erzieher pro Gruppe für wünschenswert gehalten werden. Angefügt werden muß allerdings auch noch, daß das Angebot in Nordrhein-Westfalen an Plätzen für Kinder bis zu 3 Jahren noch sehr gering ist, gemessen an dem Bedarf, wenn man sich an der Berufstätigkeit orientiert.

Wir haben festgestellt, daß in Nordrhein-Westfalen Altersmischung sehr stark befürwortet wird, aber dafür müssen auch bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Das ist nicht per se gegeben, insbesondere nicht die räumlichen Voraussetzungen, nämlich für eine Gruppe mehrere Räume.

Wenn wir das jetzt umsetzen würden, was in Nordrhein-Westfalen ist, und in den üblichen Krippen Altersmischung machen würden, würde das bedeuten, daß wir viel mehr Räume benötigen würden. Üblicherweise ist das ja in Krippen so, daß eine Gruppe einen Raum hat. Wenn der Bremer Senator sagt, wir wollen vielleicht in sozialen Brennpunkten die Kitas öffnen, damit altersgemischte Gruppen entstehen können, dann frage ich mich, wie das realisiert werden soll. Erstens sind die Kitas in sozialen Brennpunkten total überfüllt und zweitens werden auch gar keine Gelder zur Verfügung gestellt, um Erweiterungsbauten zu machen.

Gestern Abend klang das so: Wir öffnen die Gruppe der dreijährigen nach unten und nehmen zweijährige Kinder auf. Dies ist jedoch nach unseren Erfahrungen eine sehr problematische Form von Altersmischung, weil da die Austauschprozesse zwischen den jüngsten und den ältesten Kindern in der Gruppe sehr eingeschränkt sind. Wir haben in den Übergangszeiten viele verschiedene Mischformen gehabt. Nach unserer Erfahrung ist die einzige sinnvolle Lösung die volle Altersspanne, also die altersgemischte Gruppe von 0-6 Jahren.

Robert Schock: Ich glaube, daß es aus pädagogischer Sicht wichtig ist, daß sowohl Formen der Nicht-Altersmischung wie der Altersmischung realisiert sind und daß die Altersmischung konzeptionell ausgerichtet sein kann auf die Altersspanne bis zu drei Jahren, bis zu 6 Jahren oder auch einschließlich von Kindern im Hortalter.

Arbeitsgruppe Eltern-Kind-Gruppen

Leitung und Bericht: Dieter Mützelburg, Vertreter der Krabbelstube e.V., Bremen

Es waren ca. 10 Teilnehmer, vor allem aus verschiedenen Eltern-Kind-Gruppen, in dieser Arbeitsgruppe; außerdem eine Vertreterin des Landesjugenamtes, der Arbeitsgemeinschaft der Einrichtungen für Familienbildung (AGEF) und aus der wissenschaftlichen „Begleitung“.

Das Hauptinteresse der Teilnehmer richtete sich auf einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch und die Diskussion immer wiederkehrender Probleme in Elterninitiativen. Damit entsprachen die Arbeit und die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe weitgehend dem im Plenum gehaltenen Beitrag über Eltern-Kind-Gruppen (siehe Punkt 3.5).

Im Mittelpunkt der Diskussion standen Erziehungsprobleme mit Kleinstkindern in Kindergruppen (Aggressivität, Sauberkeitsprobleme, Ernährungsfragen), pädagogische Konzepte und Antworten der Eltern-Kind-Gruppen auf diese Probleme, finanzielle und organisatorische Schwierigkeiten, Erfahrungen im Umgang mit den Behörden, die Frage der Bezugspersonen (Qualifikation, Bezahlung, Voraussetzungen für die Förderung usw.) sowie die Vorzüge der Gruppenerziehung.

Vorab wurden in einem ersten Durchgang die äußeren Bedingungen und der institutionelle Rahmen der Gruppen in Bremen angesprochen.

In Bremen gibt es ca. 50 privat organisierte Eltern-Kind-Gruppen, die jeweils zwischen 4 und maximal 12 Kinder in dieser sehr schichtspezifischen Form von Gruppenerziehung (die Eltern sind überwiegend Lehrer, Ärzte, Journalisten und Angehörige anderer akademischer Berufe) betreuen. Meist steht eine größere Wohnung oder im günstigsten Fall ein kleines „Bremer Haus“ mit Garten zur Verfügung und als Bezugspersonen arbeiten 1 bis 2 festangestellte Betreuerinnen,

die oft nicht tariflich, sondern frei vereinbart (unter-)bezahlt werden und zur Hälfte etwa arbeitslose qualifizierte Betreuerinnen (Kinderpflegerin, Erzieherin, Sozialpädagogin) oder Eltern—teile sind, die selbst ihr Kind in der Gruppe haben. Die durchschnittlichen Sach— und Personalkosten betragen 2 000 bis 2 500 DM im Monat. Oft organisieren sich die Gruppen als eingetragene Vereine bzw. werden als gemeinnützig anerkannt.

Über das Problem der unterschiedlichen Einstellungen und Erziehungsstile der Eltern kam das Gespräch dann auf Probleme des „geteilten Sozialisationsfeldes“, in dem z.B. Beziehungs— oder Arbeitsprobleme der Eltern oder besonders nachsichtiges bzw. autoritäres Verhalten im Elternhaus zu Problemen für die Kinder in der Kindergruppe führt. Dies Problem verweist auf die neben der intensiven alltäglichen Mitarbeit der Eltern notwendigen gegenseitigen Ab—stimmung bei Konflikten und Angleichung der Erziehungsstile und Erfahrungen aus der Sicht der Kinder im Elternhaus wie in der Kindergruppe. Erschwert wird die Lösung solcher Probleme durch häufig vorhandene Schuldgefühle bei Eltern wie Bezugspersonen, die fehlende Erfahrung und Sicherheit, da es sich oft um Erstkinder handelt, sowie das Defizit der wissenschaftlichen Diskussion in diesem Bereich, das besonders die pädagogische Aufarbeitung der Sozialisations—bedingungen und —wirkungen von Eltern—Kind—Gruppen betrifft. Auch die Ausbildung der Bezugspersonen für diese doch recht schwierige Aufgabe wurde in vielen Fällen als unbefriedigend empfunden.

Schließlich wurden in der Arbeitsgruppe Fragen des täglichen Elterndienstes, der Größe der Kindergruppe, des Übergangs von der Familie in die Kindergruppe sowie der sozialen Beziehungen der Kinder untereinander aus der Sicht der jeweiligen Erfahrung diskutiert.

Arbeitsgruppe Qualifikation und Fortbildung

Leitung und Bericht: Sabine Chelmis

Warum eine Arbeitsgruppe zu Fragen der Qualifikation und Fortbildung auf dieser Tagung?

Weil die Vorstellungen über notwendige Qualifikationen sich im historischen und sozialgeschichtlichen Kontext wandeln,

weil in der frühkindlichen Tagesbetreuung heute alte Maßstäbe ins Wanken geraten, neue noch nicht hinreichend entwickelt sind,

weil die in der Bundesrepublik derzeit in den Bestimmungen festgelegten durchschnittlichen Qualifikationsmerkmale des Betreuungspersonals in frühkindlichen Tagesbetreuungsarrangements in einer erkennbaren Dis—krepanz zu den aus den jüngeren Forschungen ableitbaren Qualifikations—erwartungen, wenn man vom „Wohl des Kindes“ ausgeht.

Hierzu einige Stichpunkte aus dem Kurzreferat am Vormittag (Sabine Chelmis), das den inhalt—lichen Anknüpfungspunkt für die Arbeitsgruppe bildete.

Ausgehend von den bremischen Verhältnissen in der frühkindlichen Tagesbetreuung — die unter dem Aspekt der Qualifikationsmerkmale des Betreuungspersonals mit der Mehrheit der Bundes—länder übereinstimmen — fragen wir, welche Qualifikationen finden wir vor?

Bin ich Tagespflegemutter, wird von mir persönlich erwartet, daß ich eigene Kinder großziehe oder großgezogen habe. Die geforderte Qualifikation ist „Mutter sein“.

Arbeite ich in einer Kinderkrippe ist es gleichgültig, ob ich ein eignes Kind habe oder nicht. Die Qualifikationsmerkmale, die ich nachzuweisen habe und die mich als geeignete Fachkraft aus—weisen, sind eine Ausbildung als Kinderkrankenschwester oder als Kinderpflegerin, d.h. im einzelnen pflegerische und medizinische—hygienische Kenntnisse und Fähigkeiten.

Der gesellschaftlich—historische Kontext, aus dem heraus beide unvermittelt nebeneinander—stehenden Qualifikationsbegriffe abgeleitet wurden, ist der des 19. und des frühen 20. Jahr—hunderts.

Die traditionelle Betreuung der Säuglinge und Kleinkinder in der erweiterten und im 20. Jahr—hundert zur Eingenerationen— und Kernfamilie umgestalteten Familie gab über lange Zeit eine relative Gewähr für den gelingenden Sozialisationsprozeß des Kleinstkindes. Obwohl in dem geschichtlich sich modifizierenden Bezugsrahmen Familie Säuglinge und Kleinstkinder durchaus nicht immer vorrangig oder ausschließlich von der leiblichen Mutter betreut wurden, hat sich die Vorstellung entwickelt, daß „Mutter sein“ an sich schon die notwendige Qualifi—kation zur Betreuung des Kindes hervorbringe.

Die wegweisenden und wichtigen, aber in der Rezeption vereinseitigten und dogmatisierten Forschungen von Bowlby und Spitz haben ein übriges dazu getan, dem Qualifikationsmerkmal „Mutter sein“ unkritisch und vor allem undefiniert einen Vorrang einzuräumen. Dabei wird die Bedeutung des sozialen, familiären und persönlichen Bezugsrahmens, in dem Mutter und Kind stehen und der auf Mutter und Kind in vielfacher Weise wirkt, vernachlässigt.

Die in den Richtlinien geforderten pflegerischen und hygienisch—medizinischen Fähigkeiten der Betreuungspersonen kleiner Kinder gehen auf die geschichtlichen Erfahrungen mit den außerfamiliären Betreuungseinrichtungen für Säuglinge und Kleinkinder vor rund 150 Jahren zurück.

Die industrielle Revolution bewirkte über einen rapiden Strukturwandel und die materielle Verelendung vieler Familien eine gesellschaftlich nicht mehr zu tolerierende Verwahrlosung und hohe Sterblichkeit der kleinen Kinder. In den caritativen Einrichtungen in Form von Be—wahranstalten und Krippen ging es um den Schutz dieser Kinder. Er konnte teilweise nur mangelhaft gelingen, weil Pflege, Hygiene und Ernährungstechnik einen unentwickelten, mangelhaften Stand hatten. An diesen Punkten setzte zu recht die Forderung nach Qualifi—kation ein, um das mindeste, nämlich das Überleben der Kinder zu gewährleisten.

Zum heutigen Zeitpunkt — in einem hochindustrialisierten Land — befinden wir uns an einem anderen Punkt der Entwicklung. Die Verhältnisse in den Familien haben sich geändert (vgl. das Referat von Frau Prof. Krüger—Müller, Punkt 1.3), Wissen und Verständnis über die Be—dingungen frühkindlicher Entwicklung sind entwickelt und ausdifferenziert worden (vgl. das Referat von Herrn Prof. Beller, Punkt 1.2) Lebensstandard und Ernährungstechnik haben sich verbessert.

Dennoch sind die Rahmenbestimmungen, Richtlinien und Vorschriften für die familienergänzende Tagesbetreuung der Kleinstkinder in fast allen Bundesländern auf dem alten Stand stehenge—blieben. Sie führen ein zähes Leben. Die Verhältnisse im Apparat der öffentlichen Jugendhilfe kommen nur langsam in Bewegung.

Der Qualifikationsbegriff muß heute neu überdacht werden. Fortbildung muß die Defizite her—kömmlicher Ausbildungsformen kompensieren. Aus— und Fortbildung müssen in einen inten—siven Dialog treten. Kleinkind—pädagogische Qualifikationsmerkmale müssen entwickelt und in der Praxis verwirklicht werden.

Auf die Frage „Was brauchen unsere Kinder unter 3 Jahren an Anregung, Kontinuität, Zuwendung, Sicherheit usw. wurde in der Arbeitsgruppe nicht noch einmal eingegangen, da die im Rahmen der Tagung gehaltenen Referate hierüber genügend Aufschluß gegeben hatten.

Fragen nach den Fähigkeiten, die ein erwachsener Mensch im Umgang mit Kleinstkindern benötigt, wurden hingegen bislang allgemein und im Rahmen der Tagung wenig bearbeitet. Diese Fähigkeiten hängen mit Wissen z.B. über Entwicklungszusammenhänge ab, von den Fähigkeiten, dieses Wissen anzuwenden und im Zusammenleben mit den Kindern umzusetzen, der Reflexionsfähigkeit über das eigene Verhalten, den Möglichkeiten des Austausches mit anderen Erziehern u.a.m.

Hier liegt nach Aussage aller Teilnehmer der Arbeitsgruppe ein großes Defizit. Kinderpflegerinnen werden überwiegend nach hygienisch—pflegerischen Schwerpunkten ausgebildet, also auf die päd—agogischen Anforderungen z.B. in Krippen nicht vorbereitet.

Tagesmütter haben im allgemeinen keine pädagogische Ausbildung. Sowohl Kinderpflegerinnen als auch Tagesmütter haben keine oder nur ungenügende Möglichkeiten zu Austausch und Reflexion ihrer Praxis und zur Fortbildung.

Die in der Arbeitsgruppe vertretenen Fachkräfte aus dem Ausbildungsbereich für Kinderpflegerinnen (Hamburg und Bremen) waren sehr an einem Erfahrungsaustausch über die Beziehung Ausbildung und Berufspraxis interessiert, wie sie sich auf der Ebene der Fortbildung spiegelt und darstellt. Dieses notwendige feed back konnte im Rahmen der Arbeitsgruppe aus folgenden Gründen nicht gegeben werden:

Bremen verfügt über eine verschwindend geringe Zahl von Kinderkrippen. Die entsprechend geringe Zahl von dort tätigen Kinderpflegerinnen hat im bremischen Raum keine pädagogische Fortbildungsmöglichkeit. So konnte weder von den in der Arbeitsgruppe vertretenen Fachkräften aus der Fortbildung, die aus dem Raum Berlin, München, Bonn und Frankfurt kamen, ein entsprechender Austausch geleistet werden, noch konnte die Erfahrung in Bremen betroffener Kinderpflegerinnen einfließen, da spiegelbildlich zur Verbreitung der Krippen im Lande Bremen, keine Kinderpflegerin an der Arbeitsgruppe teilnahm.

Nach Klärung dieser Sachlage entschied sich die Arbeitsgruppe dafür, über die verschiedenen im Bundesgebiet durchgeführten – Fortbildungsveranstaltungen und –konzepte zu diskutieren. In der Arbeitsgruppe waren mehrere Kolleginnen/Kollegen, die ihre Erfahrungen und Materialien einbringen konnten.

Folgende Beispiele wurden schwerpunktmäßig diskutiert:

Zentrale Fortbildung des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt für den Bereich frühkindliche Erziehung (Sabine Chelmis)

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Fortbildungswerk für sozialpädagogische Fachkräfte (Beate Irskens)

Berufsbegleitende Krippenerzieherfortbildung in Hamburg (Kornelia Schneider).

Ferner wurde berücksichtigt:

Arbeitsfeldbezogene Fortbildung mit Krippenerziehern in Berlin.

Sowohl die Fortbildung vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt als auch die vom Deutschen Verein wird in Form externer Seminare, d.h. entfernt vom Arbeitsplatz durchgeführt. Beide Fortbildungsträger arbeiten bundesweit und haben bislang 4 Seminare durchgeführt. Auch die Eingangsphase und die Entwicklung der inhaltlichen Arbeit in den Seminaren verliefen relativ gleich. Zunächst gab es offene Ausschreibungen und eine Erarbeitung der Themenschwerpunkte mit den Teilnehmern gemeinsam. Dabei war ein Prozeß zu beobachten von allgemeinen, komplexen Fragestellungen zu immer spezielleren.

Inhaltliche Ansatzpunkte der 1. Phase waren:

Gesellschaftlicher Wandel, historischer Wandel von Struktur und Funktion von Familie, Rolle der Frau, Berufstätigkeit;

Öffentliche Einschätzung familjenergänzender frühkindlicher Erziehung, ambivalente Einschätzung der Teilnehmerinnen dazu sowie Berufstätigkeit der „abgebenden“ Mütter und ihrer eigenen; daraus resultierende Schuldgefühle, geringes Selbstwertgefühl wegen geringer gesellschaftlicher Anerkennung der Arbeit.

Diese Fragestellungen wurden sehr intensiv behandelt und bewirkten in Ansätzen eine Bewußtseinsveränderung bei den Teilnehmern. Sie erkannten ihre Schwierigkeiten und erfuhren: Erst, wenn ich mir selbst über mich, meine Motive und pädagogischen Ziele klar geworden bin, kann ich diese formulieren und nach außen vertreten.

Auf dieser Basis wurden anschließend in der 2. Phase speziellere Aspekte bearbeitet, z.B.:

Entwicklungspsychologische Grundlagen und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten für die tägliche Praxis und deren Veränderung;

Erkennen des Unterschieds zwischen pflegerisch–medizinischer und pädagogischer Prioritätensetzung im täglichen Umgang mit den Kindern.

Es gibt bislang nur Anhaltspunkte über hygienische und pflegerische Aspekte (z.B. Richtlinien für die Heimaufsicht), aber keine für pädagogisches Handeln mit Kinder unter 3 Jahren. Es fehlt also im allgemeinen eine pädagogische Konzeption und die Vorstellung darüber, was das sein könnte.

In dem Maße, wie die Erzieherinnen dieses Manko wahrnehmen und für sich erkennen, beginnen sie, vorhandene Ordnungsprinzipien in Frage zu stellen (z.B. weiße Kittel, Spielmaterial in verschlossenen Schränken, starr festgelegte, von den Bedürfnissen der Kinder absehbende Tagesabläufe).

An diesem Punkt setzte in der Arbeitsgruppe eine lebhafte Diskussion ein. Einerseits wurde von der Angst der Erzieherinnen vor Veränderungen berichtet, von den Kämpfen, die dies häufig im Team auslöst, andererseits die teilweise hemmenden gesetzlichen Bestimmungen angeführt. Aufgabe von Fortbildung ist es, Erzieherinnen dabei zu helfen, daß sie ihre Praxissituation analysieren und eigene Vorstellungen zur Veränderung entwickeln. Änderungen, z.B. das Ermöglichen größerer Eigenaktivität von Kindern, sind zunächst von Unruhe, Frustrationen begleitet. Die Verhaltensänderung der Erzieherin kann bei den Kindern zunächst Unsicherheit und in der Kindergruppe „Chaos“ auslösen, z.B. können die Kinder anfangs alle Regale ausräumen, wenn vorher alles verschlossen war.

Hier zeigen sich die Grenzen zentraler Fortbildung. Sie kann die Erzieherin nicht in ihrer Praxis begleiten. Sie kann jedoch 2 wichtige Voraussetzungen schaffen:

Erzieherinnen bestärken, Selbstbewußtsein vermitteln

Erzieherinnen auf schwierige Übergangsphasen vorbereiten.

Erzieherinnen müssen wissen, daß es in der Übergangsphase mehr Unruhe, Unordnung und Konflikte gibt, bis sich die Kinder und die Erzieher an die neue Situation gewöhnt haben. Unterschiedliche Erfahrungen von Fortbildungsteilnehmern können Mut machen und weiterhelfen. Auch auf entstehende Konflikte im Team (z.B. wenn einige Erzieher sich gegen Veränderungen wehren) kann zentrale Fortbildung nicht einwirken. Auch Richtlinien können durch Fortbildung nicht verändert werden. Viele Veränderungen der Praxis haben hier ihre Grenzen. Fortbildung kann jedoch unterstützend einwirken, daß von oben (z.B. Richtlinien) und von unten (Kitas) Änderungen in Angriff genommen werden unter dem zentralen Aspekt, pädagogischen Gesichtspunkten zu mehr – ihnen eigentliche zukommender – Bedeutung zu verhelfen. Hier spielen die Kinderärzte mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Krippen eine große Rolle. Durch ihren Einfluß auf die Eltern verstärken sie deren schlechtes Gewissen. Positive Erfahrungen wurden gemacht, wenn Kinderärzte in die Krippe eingeladen wurden und sich selbst einen Eindruck verschaffen konnten. Eine Teilnehmerin berichtete, daß eine Kinderärztin zu einem wichtigen Bündnispartner wurde und die Erzieherinnen in ihren Bemühungen unterstützt.

Aus den Erfahrungen zentraler Fortbildung wurde hervorgehoben, daß der Frage der Umsetzbarkeit der im Seminar gewonnenen Erkenntnisse breiten Raum eingeräumt werden muß. Es muß herausgearbeitet werden, daß jede Einrichtung andere Bedingungen, Probleme hat, die andere Schritte erforderlich machen. Jede Erzieherin muß für sich überlegen, was sie, wann, wie, warum ändern will. Dabei ist es wichtig, zunächst nur kleinere Dinge in Angriff zu nehmen, die eine realistische Chance der Realisierung haben.

Bei der Fortbildung der Arbeiterwohlfahrt wurde in Absprache mit den Teilnehmern von diesen selbst das Seminarprotokoll vorbereitet (z.B. je 2 Erzieher 1 Arbeitseinheit von 3 Stunden). Dies erwies sich als sehr sinnvoll, da die jeweiligen Protokollanten intensiv das Erfahrene aufnehmen und ihr Verständnis hin reflektieren mußten.

In der 3. Phase der Seminarreihen war eine Hinwendung zu konkreten Fragestellungen zu verzeichnen. Dieses Vorgehen – von globalen zu immer feineren, konkreteren Fragestellungen – hat sich bei beiden Fortbildungsträgern als richtig erwiesen. Obwohl alle Teilnehmer zunächst an praktischen Handlungsanweisungen für ihre Praxis interessiert waren, gewann die allgemeine theoretische Auseinandersetzung und die mit ihrer eigenen Einstellung und Rolle sehr schnell zentrale Bedeutung. Die nachfolgenden Diskussionen von Einzelaspekten konnte auf einer breiten Grundlage und einem tieferen Verständnis aufbauen.

Über eine weitere Form von Fortbildung, die berufsbegleitende Erzieherfortbildung (Hamburg) berichtete Kornelia Schneider vom Deutschen Jugendinstitut.

Die Vereinigung städtischer Kindertagesheime e.V. bietet in Hamburg seit längerer Zeit Fortbildung für die Mitarbeiter in den Kindertagesheimen (auch für Krippen) an, die zwischen 2 und 4 Tagen dauern und in einem Haus am Rande Hamburgs durchgeführt wird. Daneben gibt es sogenannte „einrichtungsinterne Fortbildung“. Mindestvoraussetzung zur Durchführung sind 10 Teilnehmer. Da in Hamburg Krippen in der Regel 7 Mitarbeiter haben, müssen sich mindestens 2 Einrichtungen zusammenschließen. Es handelt sich von daher nicht um eine Fortbildung, die mit Mitarbeitern einer Einrichtung, sondern in Räumen einer Einrichtung durchgeführt wird. Ein Fortbildungsangebot erstreckt sich auf insgesamt 6–8 Treffen, je ein Mal wöchentlich. Probleme ergeben sich dadurch, daß in der Einrichtung häufig nicht ausreichend Ruhe zur theoretischen Arbeit vorhanden ist und für die Kindergruppe mit Mühe Vertretungen gesucht werden müssen.

Eine ausschließlich auf eine Einrichtung bezogene Fortbildung wurde 1/2 Jahr lang von Frau Kornelia Schneider in 2 Einrichtungen mit ca. 12 Mitarbeitern durchgeführt.

An 2 Vormittagen ging Frau Schneider wöchentlich in je eine Kindergruppe und führte eine teilnehmende Beobachtung durch. In der Mittagspause wurde über die Beobachtungen gesprochen und die Erzieherinnen brachten ihre Probleme ein.

Problematisch war, daß

die zeitliche Dauer (1/2 Jahr) von allen als zu kurz angesehen wurde. Sie war von vornherein begrenzt und nicht flexibel an der Problemlage des jeweiligen Kindertagesheims orientiert:

die Mittagspause zu kurz und zu hektisch (Arbeitszeit ca. 1/2 Stunde) und so nicht die nötige Ruhe vorhanden war;

für die Mittagszeit Vertretungskräfte organisiert werden mußten;

zu viele Erzieherinnen/Gruppen beteiligt waren.

Unter diesen Bedingungen war es schwierig, intensiv inhaltlich zu arbeiten. Probleme, die im Team be- oder entstanden, konnten nicht bearbeitet werden, obwohl dies eine der wichtigsten Grundlagen für Veränderungen in den Einrichtungen ist.

Unter günstigen Rahmenbedingungen wurde diese Art der Fortbildung von allen Teilnehmern für sehr gut und notwendig angesehen, wie z.B. auch die Erfahrungen mit Beraterteams in Berlin zeigen. Hier stehen Teams zur Verfügung, die von den Erzieherinnen angefordert werden, d.h. Erzieher erkennen und formulieren ein Problem/ eine Fragestellung und holen sich Hilfestellung in die Einrichtung. Diese eigene Motivation wurde von allen als wesentliche Voraussetzung für Verhaltensänderungen angesehen.

Zusammenfassung:

Übereinstimmend kam die Arbeitsgruppe zu dem Ergebnis, daß

Fortbildung dringend notwendig ist und vermehrt angeboten werden sollte,

die verschiedenen Fortbildungsmodelle (extern, intern, zentral, regional, einrichtungsbezogen) positiv zu bewerten sind, da jede Form Vor- und Nachteile hat.

Robert Schock: Herzlichen Dank. Wir haben jetzt ein wenig mehr Zeit zur Verfügung. Ich möchte zur jetzigen Abschlußdiskussion zunächst eine atmosphärische Anmerkung vorausschicken: Ich finde, daß hier eine resignative Stimmung vorhanden ist. Ich weiß nicht, inwieweit dies Folge der Podiumsdiskussion von gestern Abend ist. Ich glaube, daß die Bremer Kolleginnen und Kollegen Zeit brauchen, um Erkenntnisse und Anregungen aus dieser Tagung zu verarbeiten und um Strategien zu entwickeln, wie für notwendig befundene Veränderungen eingeleitet und durchgesetzt werden können. Ich bin nicht aus Bremen und möchte deshalb sozusagen von außen – und vielleicht etwas subjektiv gefärbt – meine Tagungseindrücke einbringen. Ich fand die ganze Tagung wahn-sinnig anstrengend. Ich denke, vielen von Ihnen ging es ähnlich. Dieses hängt, glaube ich, mit dem Thema zusammen und mit der Betroffenheit, mit den persönlichen Erfahrungen, die jeder von uns in dieses Thema einbringt. Es hängt damit zusammen, daß mit diesem Thema tief liegende gesellschaftliche Widersprüche angesprochen werden; dies erzeugt Spannung bei denen, die darüber sprechen. Es wäre eine Überforderung gewesen, bei dieser Tagung, die ja eigentlich nur 2 Tage dauerte, alle Aspekte aufarbeiten oder auch von den Arbeitsgruppen fertige Arbeitsergebnisse erwarten zu wollen. Trotzdem war diese Tagung aus meiner Sicht eindrucksvoll. Ich will dies an einigen Punkten verdeutlichen.

Erstens, die mit einigen Referaten und in den anschließenden Diskussionen geleistete zusammenfassende Darstellung des Standes der internationalen Forschung. Ich stelle fest, daß wir heute davon ausgehen können, daß – wenngleich mit beträchtlicher zeitlicher Verzögerung – wir dabei sind aufzunehmen, was internationaler Forschungsstand ist. Mit Bedauern müssen wir dabei registrieren, daß – entsprechend den wissenschaftlichen Erkenntnissen – in anderen Ländern – etwa Dänemark usw. – schon sehr viel früher angemessene Jugendhilfekonsequenzen gezogen wurden. Diesen Prozeß haben wir noch vor uns.

Ich denke, daß es Aufgabe der Wissenschaftler ist, Vorurteile, die in der Öffentlichkeit vorhanden sind, Informationsdefizite, die bestehen, abzubauen. Ich frage mich z.B., ob nicht Sozial- und Entwicklungspsychologen öffentliche Foren organisieren könnten, um die Öffentlichkeit zu informieren, wie denn z.B. die Berufstätigkeit von Frauen, wie denn nun familienergänzende Erziehung einzuschätzen sind – nach Maßgabe der vorliegenden systematischen Untersuchungen.

Der zweite Punkt, der mir wichtig ist: Ich denke, daß der erste Tag wichtige Bezugspunkte für die Einschätzung der gegenwärtigen Praxis der Jugendhilfe in diesem Bereich und für notwendige Entwicklungen gegeben hat. Wir hatten ja anschließend die Berichte aus der Praxis der Jugendhilfe. Ich stellte eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Erfahrungen aus der Praxis und den aus der Praxis heraus für notwendig erachteten ergänzenden Bemühungen der Mitarbeiter vor Ort einerseits und den wissenschaftlichen Erkenntnissen andererseits fest. Und dies im wesentlichen obgleich diese wissenschaftlichen Erkenntnisse für die Praxis nur teilweise zugänglich waren. Ich denke, diese Gleichgerichtetheit ergibt sich daraus, weil in der stark klientenbezogenen Arbeit eine Dynamik hin zu fach- und sachgerechten Weiterentwicklungen der Praxis quasi eingebaut ist. Ich möchte drei Beispiele anführen, die dies meines Erachtens belegen. Elternbildungsveranstaltungen, ursprünglich als Seminar-Lehrveranstaltungen konzipiert, wurden umgewandelt in Veranstaltungen, mit denen ein gemeinsames und wechselseitiges Lernen von Eltern/Müttern zusammen mit den Kindern ermöglicht wird; daraus entstehen Kristallisationspunkte für die Organisation von Baby-Spielgruppen, weil die Ermöglichung von Gruppenerfahrungen für die Kinder als wichtig erkannt wird. Dieses halte ich für eine sehr bedeutsame Praxisentwicklung. Mit dem zweiten Beispiel beziehe ich mich auf die Praxis der Erziehungsberatung. Erziehungsberatung ist ja Familienberatung in schwierigen Fällen; mir ist sehr deutlich geworden, daß die Erziehungsberatung sich verstärkt auf die Wahrnehmung der gesamten Betreuungsumwelt –

also die handelnden Personen in ihr und die Bedingungen in ihr hin orientierte, weil nur von daher aufgearbeitet werden kann, was an Widersprüchen aus den Bedürfnissituationen von Eltern einerseits und den Kindern andererseits vorhanden ist, sich hieraus als Konfliktpotential angesammelt hat und sich zu Lasten der Entwicklung der Kinder, aber auch der Eltern auswirkt. Hierzu gehört ja auch das Konfliktpotential, das als Folge sozialer Isolation und möglicherweise des Verzichtes auf berufliche Entwicklung bei Müttern und Mutter-Kind-, aber auch Eltern-Beziehungen belastet. Hierzu gehören auch Entwicklungsbeeinträchtigungen von Kindern, die Folge mangelnder Sozialerfahrungen mit anderen Kindern sein können. Auch diese Praxisentwicklung erscheint mir für die Behandlung unseres Themas höchst interessant.

Mit dem dritten Beispiel beziehe ich mich auf den Tagespflegestellenbereich. In der Diskussion hierzu waren aus der Praxis heraus eine Reihe von Hinweisen erhalten, die die Richtung für notwendige weitere Bemühungen angeben, aber auch auf die Ergänzungsbedürftigkeit durch Krippenangebote aufmerksam machen.

Vermißt habe ich insgesamt Hinweise darauf, inwieweit die verschiedenen Bereiche der Jugendhilfe stärker miteinander verbunden und die verschiedenen Aktivitäten stärker aufeinander bezogen werden müßten. Ich hatte diese Gedanken bereits in meinen einleitenden Bemerkungen zur Berliner Situation skizziert. Lassen Sie mich dieses Anliegen hier nochmals anhand der bereits angesprochenen Praxisfelder illustrieren. Die Arbeit in Eltern-Kind-Spielkreisen hat aus der Sicht der Erziehungsberatung erheblichen prophylaktischen Wert. Gibt nun die Erziehungsberatung aus ihrer Arbeit heraus den Eltern-Kind-Spielkreisen aufklärerische Hinweise z.B. zu den Wirkungszusammenhängen von Bedingungskonstellationen in der Betreuungsumwelt, Hinweise auf ratsame veränderte Gestaltung in der Betreuungsumwelt usw.? Verweist die Erziehungsberatung Eltern auf Eltern-Kind-Spielkreise in Wertschätzung der in solchen Gruppen vorhandenen auch laienberaterischen Potentiale? Bedienen sich umgekehrt diese Kreise der Erfahrung und des Sachverständes der Mitarbeiter der Erziehungsberatung? Ich denke, daß die Möglichkeiten einer produktiven Zusammenarbeit zwischen diesen Diensten und auch anderen Angeboten noch nicht hinreichend untersucht wurden und genutzt werden.

Ich habe eben Beispiele aus dem Spektrum familienunterstützender Maßnahmen genannt, die mit breitem gesellschaftlichem Konsens für notwendig erachtet werden. Noch konsensfähig ist die Wertschätzung der selbst organisierten Spielgruppen, sofern diese Eltern-Kind-Gruppen von den Müttern organisiert werden und diese nicht berufstätig sind. Kann nun, was pädagogisch wertvoll ist — nämlich für Kinder unter 3 Jahren Gruppenerfahrungen zu organisieren, verworfen werden dann, wenn die Mutter berufstätig ist? Fachleute und Wissenschaftler haben festgestellt und uns dargestellt, daß mütterliche Berufstätigkeit auf die Beziehungsstruktur in der Familie positive Auswirkungen haben kann. Krippenerziehung ist nun die Organisationsform, mit der familienunterstützende Betreuung für die Zeit der Berufstätigkeit einerseits und gruppenbezogenen Förderangeboten für die Kinder andererseits angeboten werden. Ich finde gut, daß — abweichend von der Planung — wir eingangs zu diesem Plenum den Film aus Oldenburg sehen konnten, so daß wir uns gleichzeitig und sozusagen aus erster Hand darüber informieren konnten, was in Krippen tatsächlich in der Praxis geschieht. Denn mit dieser Frage kommen wir zu dem Bereich gesellschaftspolitischer Konflikte. In dem Moment, wo sich diese Gruppen aus berufstätigen Eltern zusammensetzen, die auf ihre Berufstätigkeit existentiell angewiesen sind oder die die Fortführung ihrer Berufstätigkeit wünschen und dies für notwendig halten — auch für die Entwicklung der Kinder; in dem Moment also, wo diese Gruppen sagen, es sei eine gesellschaftliche Notwendigkeit, daß neben den familienunterstützenden Maßnahmen auch familienergänzende Angebote bereitgestellt werden — also Krippen oder öffentlich geförderte Eltern-Kind-Gruppen —, in dem Moment verlieren wir die Konsensfähigkeit im politischen Raum.

Nun könnten wir diesen Konfliktpunkt abkoppeln und sagen, daß ist nun Sache der Politiker, diesen Konflikt einzudämmen oder voranzutreiben oder auszutragen. Nun sind die Betroffenen aber Kinder zwischen 0 und 3 Jahren. Wir — als in der Jugendhilfe tätige — sind dem Recht des Kindes auf Erziehung verpflichtet. Die Eltern dieser Kinder sind keine Randgruppe, wenn man davon ausgeht, daß ein Betreuungserfordernis für 40% aller Eltern in den Ballungsgebieten und

eben in der Bundesrepublik durchschnittlich immer noch für jede 3. Familie besteht. Deshalb können wir uns als Fachleute hier nicht aus dem Konfliktfeld begeben. Wenn ich die Diskussion von gestern Abend richtig sehe, dann scheint mir, daß wir uns überlegen müssen, in welcher Weise wir hier beitragen können zur Entwicklung eines differenzierten öffentlichen Bewußtseins, wie wir auch zur Organisation einer Pressure group zugunsten dieser Kinder beitragen können. Deshalb ist es notwendig, den eigenen Standort zu definieren. Ich war betroffen, hier immer wieder — das sind jedoch die Bremer Verhältnisse und dazu müssen Sie sich äußern — diesen Terminus von einem angeblichen geforderten flächendeckenden Angebot zu hören. Dies ist nicht mein Standpunkt und — soweit ich dies sehe — der Standpunkt von niemandem hier. Dieser Terminus wird auch nicht in der Diskussion anerkannter familienunterstützender Maßnahmen, z.B. Elternbildungsveranstaltungen, gebraucht. Dieser Begriff hat hier offensichtlich eine ideologische Funktion, um zu suggerieren, man müsse einer extremen Position, die eine Regeleinrichtung Krippe für 100% aller Kinder fordere, entgegentreten und deshalb — wohl für die öffentliche Diskussion — eine Gegenposition aufbauen; nämlich die, daß es eine auf wenige Fälle beschränkbare Notsituation gäbe, für die ein Notbehelf, nämlich Krippe angezeigt wäre. Tatsächlich liegt die Wahrheit, wie häufiger im Leben, dazwischen. Gefordert wird ein an den Bedürfnissen von Eltern, ihrer realen Situation orientiertes Angebot.

Eine zweite Klarstellung erscheint mir dann ebenso notwendig: Berufstätige Eltern sind kein Fall von Nothilfe; viele sind gerade deshalb berufstätig, um nicht ein Fall von Nothilfe zu werden. Indem sie ihr gesellschaftliches Recht auf Arbeit wahrnehmen, oder wenn Sie wollen, ihre Pflicht tun, entsteht allerdings ein Problem, nämlich das der Betreuung. Sie brauchen ein gesellschaftlich geregeltes und pädagogisch bestmöglich gestaltetes Betreuungs- und Erziehungsangebot. Wir haben gesagt, daß 1/3 aller Eltern mit Kindern unter 3 Jahren berufstätig sind und deshalb ein Betreuungsproblem haben, dessen Lösung unter den augenblicklichen Bedingungen äußerst schwierig ist. Es ist unververtretbar, sie deshalb zur notleidenden gesellschaftlichen Randgruppe zu stigmatisieren. Mir erscheint dies wie der Versuch zur Desinformation der Öffentlichkeit. Hier ist eine Strategie notwendig zur Information der Öffentlichkeit über den Umfang des Problems und darauf bezogene, pädagogische vertretbare Lösungsalternativen. (Beifall)

Dies war soweit die Zusammenfassung meiner Tagungseindrücke. Ich wollte keinesfalls ein Abschlußwort sprechen, denn ich denke, daß in dem, was ich gesagt habe, ein Stückchen Brisanz enthalten ist, die auch Widerspruch auslösen kann. Ich würde es deshalb begrüßen, wenn in der weiteren Diskussion aus dem Plenum heraus eventuell auch andere Positionen oder Wertungen deutlich gemacht würden.

Wortmeldung: Das zentrale Problem ist dieser Gegensatz zwischen flächendeckend und Nothilfe. Wenn wir vorhin den Film aus Oldenburg gesehen haben und dann noch gesagt wird, daß das Nothilfe sei, daß das Schustern an Symptomen sei, wer da nicht gesehen hat, was die Kinder an positiver Entwicklung zeigen, der sollte sich dann mal z.B. in eine dieser Mutter-Kind-Gruppen begeben, wo ja meist Mütter hingehen, die schon offener und engagierter sind; der sollte sich dort einbringen und schauen, wie verkrampft sich diese Kinder bewegen, wie Ängste dort auf Kinder übertragen werden. Wenn man dort diese Probleme sieht, dann kann man doch absolut nicht sagen, daß eine Krippe eine Nothilfe sei, sondern man muß sagen, daß sie eine pädagogisch sinnvolle Sache ist. Daß daraus nicht die Forderung resultiert, daß jetzt alle Kinder in die Krippe rein sollen, das ist doch vollkommen klar. Es geht darum, daß erst Mal die Möglichkeit eingeräumt wird, daß Eltern solche Angebote wahrnehmen können. Daß auch in West-Berlin nicht alle Eltern diese Möglichkeit wahrnehmen, ist doch klar. Insofern finde ich wichtig, daß dieser konstruierte Widerspruch hier nochmal aufgegriffen wird, weil um den dreht sich die ganze weitere Frage, ob da überhaupt etwas pädagogisch sinnvolles getan wird oder wieder nur zusätzlich 50 Plätze für irgendwie gefährdete Kinder eingerichtet werden. (Beifall)

Sabine Uhl (SPD, Deputation für Jugendhilfe): Was Sie gesagt haben, ist eine ziemliche Diskriminierung der Frauen, die mit ihrer Situation nicht fertig werden.

Aber vielleicht darf ich an dieser Stelle noch mal deutlich machen, welche Funktion eigentlich die Deputation hat. Ich habe den Eindruck, wir reden immer von Staat, von öffentlicher Hand; Staat, das sind Sie genauso. Vielleicht darf ich etwas erst sagen, bevor Sie anfangen zu lachen. Vielleicht darf ich nochmal etwas zu dem Selbstverständnis der Deputation sagen, was mit dieser Fachtagung eigentlich sein sollte.

Ich habe ein wenig den Eindruck, daß dieses nicht ganz deutlich geworden ist. In Bremen gibt es ein relativ verzweigtes Netz an Pflegestellenmöglichkeiten, das kann nicht abgebrochen werden. Bremen hat aber, aufgrund anderer historischer, sozialpolitischer Entscheidungen, nie gesagt, wir möchten gerne Krippen haben. Der von vielen in der Diskussion konstruierte Gegensatz Bremen – Berlin geht deshalb nicht, weil Berlin sozialpolitisch andere Hintergründe hat.

Berlin war die Stadt, die schon Ende des letzten Jahrhunderts Krippen hatte, auf einer besonderen industriell, kapitalistisch orientierten Wertschätzung der Stadt. Weil die Frauen in den Fabriken arbeiten gehen mußten, mußte zwangsläufig eine Betreuung der Kinder von 0–3 Jahren angeboten werden, so ein bißchen habe ich davon auch eine Ahnung. Aus dieser Situation konnte nach dem 2. Weltkrieg Berlin ein anderes Bewußtsein entwickeln als andere Städte; nicht umsonst ist in Berlin ein Drittel des Gesamtangebotes zu finden. D.h., daß Berlin aufgrund einer etwas abgehobenen Situation schon andere Voraussetzungen hatte. Soweit der geschichtliche Hintergrund. Zum anderen muß Berlin daran interessiert sein, daß junge Familien nicht abwandern. Die kriegen ja nicht nur ungeheure Gelder für was–weiß–ich–was, sondern die bekommen auch Geld, damit die jungen Familien bleiben, z.B. für eine, für uns objektiv dargestellte gute Sozialpolitik mit 0–Tarif. Für Berlin eben tragbar, weil Berlin das alles über den Bund bekommt.

Zweitens – das muß man mal ehrlich sagen und auch mal sehen, nicht so blauäugig tun als wäre das alles so was–weiß–ich–wie – hat Berlin auch, damit sie die Leute halten, das darf vielleicht auch mal gesagt werden, ein undifferenziertes Geldangebot als Geburtsprämie. Das ist auch Berlin, widerspricht sich im Grunde, aber interessanterweise gibt es das auch in Berlin. So, das aber erstmal zu dem konstruierten Gegensatz, jetzt aber zu der Frage der Deputation.

Die Deputation ist das politische Gremium neben dem Senator, setzt sich zusammen aus den in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen. Wir haben die Aufgabe zu überlegen, wo Jugendhilfe nicht nur als Nachsorgebereich zu artikulieren ist, sondern auch als emanzipatorischer Bereich. Wir haben für uns in Anspruch genommen, in dieser Fachtagung zu überlegen, ob wir in Bremen, neben den herkömmlichen Angeboten an Tagespflegestellen, auch andere Angebote machen könnten. Ich meine, das ist schon ein erster Ansatz. Dann müssen Sie bitte nicht so tun, als wollten wir von vornherein nichts machen. Daß wir darauf gekommen sind, liegt nicht zuletzt daran, daß die Diskussion im Laufe der letzten Jahre auch Ihre Wege – der Initiative „Der Kinder wegen“ – aufgebrochen ist. Wir können es uns als Deputationsfraktion nicht leisten – aber das geht Frau Hinneke mit ihren Parteifreunden genauso – einen Beschluß zu fassen, der plötzlich nicht nur eine Kehrtwendung macht, sondern der die ganz diffizilen Aussagen der unterschiedlichen Ansatzpunkte, gerade für frühstkindliche Erziehung, außer Acht läßt und etwa auf ein Angebot hinausliefere, was zwar spontan angenommen würde und vielleicht ganz prima aussähe, an dem wir uns aber nach zwei, drei Jahren messen lassen müßten. Deswegen unser Ansatz, diese Fachtagung zu machen, interdisziplinäre Diskussionen zu haben, uns beraten zu lassen. Sie haben festgestellt, das hoffe ich, daß wir uns als Deputationsmitglieder während der Fachtagung als Gäste verstanden haben. Uns auch nicht in Arbeitsgruppen beteiligt haben, weil wir, das müssen Sie bitte auch verstehen, nicht eingebunden sein möchten in Arbeitsgruppenvorhaben, Resolutionen und dergleichen, das können wir nicht, wollen wir auch nicht. Für uns besteht jetzt die Notwendigkeit, daß wir das hier in diesen 3 Tagen Erfahrene und Erlebte, Gehörte aufnehmen und in die Praxis umsetzen. Da kann es z.B. darum gehen – das war gestern die Frage nach dem kurzfristigen Ansatz – daß in der nächsten Deputationssitzung dies schon ein Tagesordnungspunkt ist; Unterlagen zu Tagespflegestellen in Bremen sind schon verschickt.

Da wird die Fachtagung, die hier stattgefunden hat, eine große Rolle spielen. Da wird mitdiskutieren sein, ob wir langfristig oder mittelfristig – wie Sie das jetzt wollen – aber nicht Morgen, dazu kommen könnten, neben dem schon bestehenden Angebot andere Angebote geben kann und muß, weil festzustellen ist, daß es nicht alles abdeckt, weil es nicht von allen angenommen wird, die wir vor allen Dingen meinen. Da kann ein Angebot sein z.B. die Spielkreise, von denen ich gestern Abend gesprochen habe; wir werden als eine Möglichkeit die freien Träger mit ihren Raumkapazitäten einbeziehen, denn sie haben nicht genügende finanzielle Möglichkeiten, um Häuser zu bauen und so können wir ja überlegen, ob es irgendwo freie Kapazitäten gibt. Dann kann eine Frage sein, ob es nicht auch für bestimmte, aber pädagogisch zu definierende Elterngruppen Krippen geben kann.

Zwischenrufe

Zum Dritten, das haben wir alle auf dieser Fachtagung mitbekommen, ist es für uns als Erfahrung wichtig, daß in Krippen – meine Kinder waren selber in so einem Eltern–Kind–Laden – Gemeinsamkeiten an andere Eltern weitergegeben werden können, daß man sich da zusammenfindet in einer anderen Gruppe, sich einander vermittelt, gemeinsam etwas unternimmt, daß man die, die vielleicht vorher nicht die Möglichkeit hatten, einbezieht und man selber seinen Erfahrungshorizont erweitert.

Weil wir sagen, es muß nicht nur Krippe sein, können viele, viele Dinge sein und auch Krippe. So haben wir überlegt, daß diese Frage im weiteren Verlauf der Diskussion auch noch anders gestellt werden kann. Sie können von uns heute nicht erwarten und verlangen, daß wir eine Aussage machen oder sagen: wir werden dann und dann soundsoviel Krippenplätze anbieten! Ich glaube, wir müssen die unterschiedlichen Erwartungshaltungen der Eltern berücksichtigen, die unterschiedlichen Ansprüche der Eltern; vielleicht möchte der eine sein Kind gar nicht in eine Krippe geben, sei sie noch so anspruchsvoll pädagogisch ausgestattet.

Ich glaube, daß es auch Eltern gibt, die sagen, ich möchte mein Kind zeitweilig in eine betreuende Einrichtung geben, aber ich möchte mein Kind nicht von 0–6 Jahren in einen vorprogrammierten Tagesablauf geben. Ich könnte mir vorstellen, daß es solche Eltern auch gibt. Wir dürfen jetzt nicht so tun, als hätten wir die Weisheit mit Löffeln gegessen. Deshalb der Ansatz, daß wir ein breites Angebot haben müssen.

Wenn wir das alles ins Auge fassen, könnte ich mir vorstellen, daß sich die Deputation, die sich nicht nur einmal, sondern viele Male damit beschäftigen wird, dann aus der pädagogischen Begründung für außerfamiliäre Betreuungsmöglichkeiten auch die finanziellen Möglichkeiten erwirken kann. Es kann nicht so sein, politisch gesehen, daß wir sagen: wir brauchen eine Millionen oder zehn Millionen oder weiß der Kuckuk, was, dann wollen wir das machen! so läuft überhaupt nichts, sondern es kann nur so sein, daß wir Konzepte entwickeln und dann sagen: das und das soll damit geschehen, so daß wir damit antreten können!

Jetzt noch zwei letzte Bemerkungen:

Sozialbenachteiligte Gruppen haben deshalb in Bremen besonders einen Vorrang, weil wir Sozialdemokraten uns das für die laufende Legislaturperiode auf die Fahnen geschrieben haben und gesagt haben, daß selbst bei finanziellen Schwierigkeiten hier besonders angesetzt werden muß und soziale Ungleichheiten soweit wie möglich abgebaut werden sollen.

Das Zweite, was mir sehr interessant erschienen ist, daß von den Teilnehmern der Tagung nicht nur heute früh bei den Berichten der Arbeitsgruppen die Rede davon war, was die einzelnen, so unterschiedlichen strukturierten Bevölkerungsgruppen – die ja unterschiedliche Erwartungen haben, auch an die Betreuung der Kinder, auch an der Qualität der Betreuung der Kinder – bitte bereit sind, dafür finanziell leisten wollen. Es kann und wird – das können wir schon jetzt sagen – nie um einen 0–Tarif gehen. Es kann und wird darum gehen, daß für Familien, die in sozial benachteiligten Gruppen leben, auch Ausländerfamilien, die finanzielle Belastungen haben, staatliche Gelder reinkommen, daß in dem Falle das Jugendamt das Geld dafür erübrigt; es wird aber nicht so sein, daß es für die, die ein gutes Einkommen haben, Tagespflege zum 0–Tarif geben wird. Im Gegenteil. Ich glaube es ist um so gerechter, daß wir sagen: da werden wir – wie auch im Kindergarten – soziale Staffelungen vornehmen.

Robert Schock: Danke. Der hier deutlich gewordene gemeinsame Standpunkt ist dieser: Neben anderen Formen der familienergänzenden Maßnahmen ist es auch notwendig, Krippen anzubieten. Das ist eine sehr vorsichtig formulierte Position, die sicherlich auch auf dem finanz-

politischen Hintergrund, den wir hier in Bremen und nicht nur in Bremen haben, gesehen werden muß.

Der zweite Punkt ist insoweit konsensfähig, daß sicherlich eine Prioritätenfolge hergestellt werden muß im Rahmen einer längerfristigen Planung; dies schließt mit die Notwendigkeit ein zu definieren, wer den Zugang finden sollte z.B. zu Krippen, weil diese Form für eine ganz bestimmte Zielgruppe die geeignetere sei. Auf dieser Tagung wurde allerdings hervor-gehoben, daß unterschiedlichen Gruppen nicht zwangsläufig unterschiedliche Betreuungs-formen zuzuordnen sei; vielmehr gehe es darum, sehr differenziert zu sehen, was ist denn für die Situation und Bedürfnisse von Eltern und Kinder jeweils die beste Form: Tagespflege, Eltern-Kind-Gruppe oder Krippe. Allerdings müssen wir, nachdem wir die Arbeitsgruppen hörten, auch sagen, daß unter fachlichen Gesichtspunkten die Tagespflege so, wie sie besteht — nicht nur hier in Bremen — in Richtung auf Tagesmütter ausbaubedürftig ist, weil es für Kinder unzumutbar ist, innerhalb eines Jahres, wegen der für Tagespflege typischen hohen Fluktuation, zwei oder gar drei verschiedene Betreuungsumwelten sich aneignen zu müssen. Ich möchte weitergeben und darum bitten, möglichst zu weiteren Aspekten des Tagungs-themas Stellung zu nehmen.

Wortmeldung: Ich arbeite beim Jugendamt...Flächendeckend einerseits, dagegen die Nothilfe. Ich glaube, hinter dieser Diskussion verbirgt sich mehr als die finanzielle Sache. Es verbirgt sich dahinter die Frage der Prioritätensetzung. Die Priorität hat zunächst bei den Gruppen anzusetzen, denen der Zugang zu Bildungseinrichtungen aus sehr unterschiedlichen Gründen verwehrt blieb. Es spitzte sich hier manchmal so zu, als ginge es darum, sich von der Mög-lichkeit der Krippenerziehung zu entlasten, weil andere Bedürfnisse, die ich nicht werten will, Priorität haben. Ich glaube, daß diese Diskussion, wenn sie dann so geführt würde, falsch am Platze wäre. Es muß darum gehen, die Ergebnisse dieser Tagung auszuwerten und diese in Beziehung zu den Bremer Verhältnissen zu setzen, um dann auch ein langfristiges Programm zu entwickeln.

Wortmeldung: Ich wollte zu dem Problem Spielkreise, Mutter-Kind-Gruppen etwas sagen. Ich arbeite im Haus der Familie. Wir haben dort Spielgruppen. Die Erfahrung zeigt, daß die Teil-nehmer eben nicht aus den benachteiligten Kreisen kommen, sondern genau aus den anderen Kreisen. Das hängt auch damit zusammen, daß jene arbeiten müssen. Viele Frauen mit kleinen Kindern arbeiten bis 16.00 Uhr und sind dann nicht mehr in der Lage, an solchen Spielkreisen teilzunehmen. Wenn ich höre, daß dieser Bereich ausgebaut werden soll, dann muß ich mich zwangsläufig fragen, warum denn gleichzeitig Gelder für Krippen nicht vorhanden sind. Das ist ein Widerspruch, den ich mir nicht erklären kann. (Beifall)
Das andere ist, daß mir bei den Anmeldungen auffällt, daß die Kursteilnehmer die verschiedenen Möglichkeiten eigentlich gar nicht kennen. In Fragen von Krippenerziehung wird ihnen erzählt, daß dies eine Notlösung sei; eine Notlösung wollte ich natürlich für mein Kind auch nicht, denn ich will einen optimalen Erziehungsort. Von daher wissen sie gar nicht, welche Möglichkeiten existieren, merken aber in ihrem Alltag, daß es so nicht geht, daß sie unzufrieden werden und ihre Kinder auch Spielpartner suchen und kommen dann auf die Idee — weil sie halt schon etwas von Familienbildungsstätten gehört haben — sich doch so einem Spielkreis ein Mal in der Woche anzuschließen. Aber das sind eben nicht die Eltern, die es vordringlich anzusprechen gilt. Wir erreichen nur einen ganz kleinen Teil, das darf man einfach nicht vergessen und auch nicht so hinstellen, als sei das ein Angebot für alle Bevölkerungsgruppen. Die anderen haben ja schon nicht die Möglichkeit, sich anzumelden.

Wortmeldung: Ich würde auch ganz gerne eine Bemerkung machen. Ich hätte immer sehr gerne ein zweites Kind gehabt, konnte das aber nicht, weil ich in der Bremer Situation keine Mög-lichkeiten dafür sehe.

Wortmeldung: Ich wollte eigentlich nur sagen, daß man keine Befürchtungen zu haben braucht, daß man Eltern etwa vergewaltigt. Es gibt viele Eltern, die ihr Kind gar nicht dorthin geben wollen. Um die Eltern, die das gar nicht wollen, braucht man sich nicht zu kümmern, um die braucht man sich auch gar keine Gedanken zu machen, für die läuft ja alles.

Gedanken muß man sich machen darüber, was man für ein Angebot schaffen kann, damit andere Eltern überhaupt Wahlmöglichkeiten bekommen. Ich finde für die Prioritäten-setzung sehr wichtig, daß man vielleicht da anfängt, was aufzubauen, wo es noch gar nichts gibt.

Wortmeldung: Ein Fazit der Tagung ist sicher, das wurde gestern auch schon gesagt, daß man sich doch ganz offensiv hinstellen kann und sagen kann, daß nicht nachgewiesen ist, daß Kinder, die in einigermaßen guten Krippen groß geworden sind, wahnsinnige Nachteile haben, daß diese Kinder krank werden. Das ist doch auf alle Fälle eine Sache, die man hieraus ziehen kann, daß es für die Kinder nicht nachteilig ist. Wenn man sich jetzt an-schaut, was daraus hier familienpolitisch gemacht wird: Es heißt, es kann vielleicht Krippen-plätze geben, die in einigen sozialen Brennpunkten liegen, für Mütter, die alleinerziehend sind, die Sozialhilfe beziehen, für diese soll es Krippenplätze geben. Damit beschwört man eine noch größere Katastrophe herauf. Denn was man da macht, ist nichts weiteres als die Entwicklung eines neuen sozialen Gettos. Dann wird nämlich auf die Mütter und auf die Kinder gezeigt, die da hingehen, indem nämlich nur für die, die sich sowieso schon mit den ganzen Problemen rumschlagen müssen, Plätze gibt. Dann sind eben in einer solchen Krippe 20 Plätze für die Kinder alleinerziehender Mütter. Man muß sich mal vorstellen, was dies für eine irreal Situation ist. Das ist für die Kinder nicht zum Vorteil, sondern eine Stigmati-sierung. Das ist bisher in der ganzen Diskussion nicht gesagt worden. Und es ist eine unge-heure Diskriminierung dieser Kinder, wenn man weiter die Krippe als Notbehelf für diese sogenannten Sozialschwachen anbietet. Für die anderen, für die „intakten“ Familien, kommt dies natürlich nicht in Frage. Das ist dann pädagogisch nicht mehr haltbar. Das finde ich eine ganz gefährliche Entwicklung. (Beifall)

Wortmeldung: Ich arbeite im Amt für Familienhilfe mit den sogenannten sozialschwachen Familien. Dies meint auch die alleinstehenden, geschiedenen Frauen. Mir ist auf der Tagung eigentlich zum ersten Mal richtig klar geworden, welchen pädagogischen Wert Krippen haben. Das war mir, weil das Thema auch nie so aktuell war, nie so bewußt ge-worden. Ich möchte eigentlich auch davor warnen, das Thema so eng immer mit der Berufs-tätigkeit der Frau zu verknüpfen. Mir geht es mehr darum, daß Thema von der pädagogischen Seite zu betrachten. Wenn die Tendenz dahin geht, Krippenplätze nur in sozialen Brenn-punkten einzurichten, dann teile ich die gerade geäußerten Bedenken.

Wortmeldung: Ich möchte sagen, daß ich in diese Veranstaltung sehr offen reingegangen bin, daß ich meine Meinung weiterentwickelt habe und ich Vorbehalte — das muß ich zugeben — aus der Hospitalismuskussion hatte, die ich zu einem großen Teil aufgegeben habe bzw. Dinge sich durchaus relativiert haben.
Ich muß aber sagen, daß ich mich insbesondere bei dieser Abschlußveranstaltung irgendwie in eine andere Welt versetzt fühle, insbesondere bei den Beiträgen, die von Frau Uhl und einigen anderen gekommen sind. Da habe ich das Gefühl, daß ich mich in die Veranstaltung einer Interessensvertretung versetzt fühle, die irgend etwas ganz Bestimmtes fordert und das auch mit aller Macht und gegen alle Zweifel, gegen alle Vernunft durchzusetzen versucht. Wenn hier davon gesprochen wird, daß man zunächst mal den Bedarf befriedigen sollte, der sich am lautesten artikuliert, wobei Wahlmöglichkeit gefordert wird, dann muß ich fragen, welches Verständnis von Sozialpolitik dahinter steht. Heißt Sozialpolitik, das größte Geschrei zu befriedigen, die Leute ruhig zu machen, die meinen, daß sie mit besonderer Gewalt gegen-über der Gesellschaft ihre Interessen befriedigen können? Oder heißt Sozialpolitik, daß ich mich frage, wo der größte Bedarf sitzt, mich insbesondere frage, wo der größte unartikulierte

Bedarf sitzt? Ich glaube, daß es konsequent ist, an dieser Stelle anzusetzen und es auszuhalten, daß an anderer Stelle geschrien wird.

Das ist mein Ansatz, mit dem ich in die nächste Diskussion gehe, d.h. mich genau frage: wo sitzt der wirkliche Bedarf? Wie kann ich den Bedarf am besten befriedigen? In dieser Frage finde ich, sind mir am Rande der Tagung Überlegungen gekommen, die ich hier einfach mal sagen möchte.

Ich meine, daß Kinder über ihre gesamte Zeit von Kindheit und Jugend in der Familie aufwachsen werden, zu welchen Anteilen auch immer, so daß die Familie Einfluß ausüben wird und daß es falsch wäre, die Familie aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Vielmehr muß sie in ihrer Verantwortung gestärkt werden. D.h. daß Eltern nicht allein gelassen werden dürfen, mit den Fragen, die auf sie zukommen werden. Möglicherweise müssen sie auch noch auf Fragen aufmerksam gemacht werden, die auf sie zukommen. An dem Punkt, meine ich, müssen wir mit familienunterstützenden und familienergänzenden Maßnahmen so ansetzen, daß die Eltern ganz stark einbezogen werden. Diese Richtung möchte ich stärker sehen, denn auch bei der Herausnahme von Kindern kehren die Kinder wieder in das Elternhaus zurück, sind dem Einfluß, besonders dem emotionalen Einfluß der Familie ausgesetzt. Das bewußt zu machen, das in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen, darin würde ich die Zielrichtung der Entwicklung sehen. Das richtet sich nicht gegen Krippen oder andere Formen der Fremdbetreuung.

Wortmeldung: Zum ersten hat sich gezeigt, daß die Krippen völlig andere Situationen aufweisen, die Familien heute nicht mehr bieten können. Von daher denke ich, daß sich nicht ein Gegensatz zwischen Familie und Krippe aufbauen läßt, sondern das Krippen wirklich einen weiteren wichtigen Erfahrungsraum für Kinder bedeutet.

Zum zweiten: Dies hängt jetzt ein bißchen mit dem sozialpolitischen Argument zusammen, das eben gekommen ist. Das ist die Überlegung, daß die Arbeitsplätze für die Frauen eigentlich immer weniger werden, d.h. daß sie auch vor dem Problem stehen, daß gerade in dem sozialpolitischen Bereich, im kinderpflegerischen und erzieherischen Bereich, in Berufsbereichen also, in denen eigentlich Arbeitermädchen noch Zugang haben, eine erhebliche Arbeitslosigkeit besteht.

Ich arbeite z.B. sehr viel mit Hauptschülerinnen, kenne den Bremer Arbeitsmarkt und weiß, daß Hauptschülerinnen heute eigentlich nur noch die Alternative haben, in ganz wenige frauenspezifische Berufe zu gehen, in der Regel wenig Aussicht haben, später auf dem Arbeitsmarkt sich behaupten zu können oder sich in Schulen solange aufhalten müssen, bis sie heiraten. Die Verengung des Arbeitsmarktes für Frauen nimmt ständig zu. Ich würde die Frauen auch mittlerweile als eine Randgruppe bezeichnen bezüglich ihrer Arbeitsmarktchancen. Und ich meine, man sollte überlegen, ob nicht mit Tagesmutterformen einfach festgehalten wird an einer Vorstellung von guter Kinderbetreuung, die so nicht abgesichert ist und ob es nicht sinnvoller wäre, an Gruppen zu denken mit gut ausgebildeten Kräften, für die somit auch wieder Arbeitsplätze geschaffen werden. (Beifall)

Robert Schock: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß eine Teilnehmerin aus dem Verband alleinerziehender Väter und Mütter gegen Schluß, den haben wir jetzt bald, noch eine Information geben möchte.

Wortmeldung: Ich habe ein Anliegen, mehr einen Hilferuf. Der Verband umfaßt zwar nur etwa 200 Mitglieder, durch Öffentlichkeitsarbeit strömen aber in der letzten Zeit die Frauen mit ihren Problemen so zu uns, daß wir gar nicht mehr wissen, wie wir ihnen helfen können. Wir haben keine Gruppenleiter. Wir sind einzig auf der Basis von Stadtteilgruppen aufgebaut. Gestern hat eine Gruppenleiterin ihren Rücktritt angesagt. Wir sind also in einer ganz beängstigenden Situation und ich kann nicht weitere ehrenamtliche Mitarbeiter finden, die uns helfen; ich kann nicht mehr als abends eine Gruppe machen. Fünfmal in der Woche, das wäre zuviel. Ich bin ja auch noch berufstätig. Ich dachte, daß ich hier doch Leute finde, die sich in dem Fach auskennen, vielleicht auch Bekannte oder Berufskollegen haben, die sich an uns wenden, um uns zu helfen. Das wäre zu Anfang einer Gruppenneubildung ein Zeitaufwand von einem

Abend pro Woche, vielleicht auch alle zwei Wochen nur ein Abend.

Robert Schock: Danke. Sie stehen sicher nachher noch zur Verfügung, so daß sich Interessierte an Sie wenden können.

Wortmeldung: Ich wollte noch was sagen zu den Krippen in sozialen Brennpunkten. Ich glaube, daß damit einfach auch wieder schlechte Krippenarbeit geleistet wird, denn die Kinder sind schon von eh benachteiligt. Ich glaube, die Untersuchungen aus Berlin und Braunschweig haben gezeigt, das ist nicht mehr positiv, wenn diese Kinder auch noch in eine sogenannte Notlösung hineinkommen. Deshalb ist es am positivsten, wenn man eine soziale Mischung in einer solchen Krippe macht, denn diese bringt den Kindern wesentlich mehr.

Robert Schock: Ich möchte kurz darauf eingehen. Die Untersuchungen – auch in Berlin – belegen, daß gerade für sozial benachteiligte Kinder die Krippe in der Lage ist, in die Entwicklung stark fördernd einzugreifen. Es gibt natürlich Krippen in Berlin – das hängt mit der Wohnstruktur zusammen – die ihren Einzugsbereich auch in den sozialen Brennpunkten haben. Von daher ergibt sich eine Massierung von Kindern aus sozial schwierigen Verhältnissen. Dies ist allerdings ein Tatbestand, dem man pädagogisch begegnen muß und kann. Damit dies in dem notwendigem Ausmaß möglich ist, ist hier eine verbesserte Personalausstattung notwendig. Wenn man das Prinzip vertritt, daß die Krippe wohnbereichsnah liegen muß, spiegelt sich in der Krippe die soziale Schichtung im Wohnbereich wieder.

Ich habe den Eindruck, daß wir wohl am Ende der Diskussion sind. Ich möchte noch eine abschließende und auf die Bremer Verhältnisse – soweit sie sich mir dargestellt haben – bezogene Anmerkung machen.

Die Mitglieder der Jugenddeputation, vielleicht auch die der Verwaltung, hatten sich ja eine gewisse Zurückhaltung auferlegt. Das wurde bereits gesagt. Auch ich halte es in der Tat für einen sehr schwierigen Prozeß, Erkenntnisse, die neu sind, auf Umsetzungserfordernisse und –möglichkeiten hin zu überprüfen, Folgerungen in ein Parlament hineinzutragen und umzusetzen. Dies ist sicherlich auch ein langwieriger Prozeß. Den hier notwendigen vielfältigen Bemühungen dient eine polemische Diskussion wenig. Als polemisch habe ich den hier erhobenen Vorwurf wahrgenommen, Eltern – möglicherweise noch privilegierte, aber doch berufstätige Eltern –, die sich für die Subventionierung ihrer und anderer Eltern-Kind-Gruppen einsetzen, wollten sich ihrer Erziehungsaufgaben entledigen, wollten aus der Familie fliehen oder so ähnlich. Dieser Vorwurf entbehrt jeder Grundlage, wenn man die Motive weiß, aus denen heraus das Engagement in einer solchen Gruppe erfolgt, wenn man weiß, wieviel Zeit Eltern für die Arbeit in solchen Gruppen investieren und welche Opfer hierfür auch gebracht werden. Richtig ist, daß im konkreten Handeln, in der Zusammenarbeit und im Austausch mit anderen Eltern die Stabilität der Familie gestützt und die Erziehungssituation für die Kinder verbessert wird. Notwendig erscheint mir auch, daß die eingetretene Frontstellung zwischen Initiativgruppen und Jugendbehörde überprüft wird. Initiativgruppen müssen einen langen Atem haben. Auch in Berlin dauerte es lange, bis z.B. die Öffentlichkeit positiver auf die Kinderladen-Bewegung reagieren konnte, denn neben den inhaltlichen Aspekten gibt es eben auch Vermittlungsprobleme. Als eine Aufgabe der Jugendbehörde betrachte ich es daher, daß sie die Erfahrungen, das pädagogische Wissen, die Erkenntnisse in Elterninitiativgruppen positiv aufgreift und in die Öffentlichkeit hinein aktiv vermittelt. Natürlich steht sie auch in der Pflicht, hieraus Konsequenzen für eigene Planungsüberlegungen zu ziehen. Schließlich: Entscheidungen einer Behörde, Beschlüsse einer Jugenddeputation zu notwendigen Prioritätensetzungen sind nicht losgelöst vom gesellschaftlichen Umfeld zu sehen. Deshalb bedarf es der differenzierten Darstellung des Umfangs und der Formen des tatsächlich vorhandenen Betreuungsbedarfs und der pädagogisch vertretbaren und ja vielerorts auch praktisch erprobten Alternativen.

Ilsa Diller-Murschall (Tagungsleitung): Ich möchte nicht mehr viel Inhaltliches sagen, weil ich denke, daß in den letzten 1 1/2 Stunden sehr viele wichtige Dinge gesagt wurden. Ich wollte von der Tagungsleitung eigentlich zum Ausdruck bringen, daß wir uns alle eine ganze Menge zugemutet haben in den letzten 3 Tagen. Ich möchte aber auch sagen, daß ich keinen Beitrag, der hier gehalten wurde, in irgendeiner Form für überflüssig gefunden habe.

Unser Anliegen, durch diese Fachtagung die Möglichkeit zu ganz breiter Information zu haben, um dann hinterher handlungsfähig zu werden, ist doch ein großes Stück weit erfüllt worden. Ich wünsche mir sehr, daß diese Tagung dazu beigetragen hat, daß sich hier in Bremen bald eine ganze Menge ändert.

Ich gebe jetzt an Herrn Stäcker das Mikrofon zum Schlußwort weiter.

Schlußwort

Horst Stäcker

Ich will das nicht lang. machen, ich will nur mit einer aktuellen Information anfangen, die die Situation kennzeichnet.

Anruf heute morgen in einer Kinderkrippe. „Kann ich mein Kind unterbringen?“ Antwort: „Wann soll es denn kommen?“ – „Ja, ich habe vor 5 Minuten erfahren, daß ich schwanger bin, ich möchte es jetzt schon anmelden, weil ich sonst nicht weiß, wo ich später mit ihm abbleiben soll, weil meine Berufstätigkeit auf dem Spiel steht.“

Das ist die Situation, in der wir uns befinden. Das macht auch deutlich, wie hautnah die ganze Diskussion, trotz aller wissenschaftlicher Beiträge, gelaufen ist.

Es war gut, daß Wissenschaftler zum unmittelbaren Meinungsaustausch zusammengekommen sind, daß man nicht nur über Leitartikel und große Aufsätze voneinander weiß, sondern daß man auch direkt miteinander diskutiert hat, daß auch Politiker und Eltern mit einbezogen worden sind, genauso wie Fachleute. Aber – Schlußfolgerung – wissenschaftlichen Erkenntnissen folgt wegen bestimmter anderer Faktoren leider nicht unbedingt die sofortige Umsetzung auch durch Politiker. Das ist auch eine Schlußfolgerung, die wir mitnehmen.

Es wurden aktuelle, hautnahe Probleme angesprochen, aber wir haben auch gelernt, daß noch weitere Forschungsarbeiten unter Einbeziehung veränderter gesellschaftlicher Bedingungen notwendig sind. Kurzfristig und sofort lassen sich dazu keine Lösungen anbieten. Hierüber gibt es Zufriedene, es gibt aber auch eine ganze Reihe von Enttäuschten, insbesondere unter den Eltern.

Wir können einfach diese praktischen Lösungen nicht sofort umsetzen. Die Arbeiterwohlfahrt wird diese Tagung kritisch auswerten, Anregungen, Beiträge und Vorschläge zusammenfassen. Sie wird dies nach Möglichkeit auch allen zur Verfügung stellen. Die Fachtagung hat die Grundlage für weitere, gute Diskussionen und Schlußfolgerungen gegeben, damit auch für Ergebnisse im politischen Bereich an Erwartungshaltungen dort zum Ausdruck gebracht. Diese Tagung darf und soll keine Alibifunktion haben, sie soll weitere Anstöße auch in qualitativer Hinsicht für alle geben. Sie soll dazu beitragen, daß die sich abzeichnende Bewußtseinsänderung mithilft, das Problem der Erziehung der Kleinstkinder stärker zum Ausdruck zu bringen. Es ist offensichtlich, daß wir alle mithelfen müssen, anderen noch ein wenig mehr von diesen Vorstellungen und Auffassungen über mögliche Problemlösungen näher zu bringen. Das scheint mir ganz wichtig zu sein. Ohne Mithilfe anderer, die wir erst noch überzeugen müssen, ist das, was man sich vornimmt, nicht möglich. In diesem Sinne meine ich, haben wir ein gutes Ergebnis zu verzeichnen. Wir dürfen uns bei allen bedanken, bei der Gesprächsleitung, bei denjenigen aber auch, die die Tagungsleitung gemacht haben. Wir werden sehen, wie es weitergeht; wir sind jedenfalls neuen Vorschlägen gegenüber sehr aufgeschlossen. Herzlichen Dank, daß Sie bis zum Ende durchgehalten haben. Wir beenden damit unsere Fachtagung.

Eine Nachbetrachtung zur Fachtagung!

Horst Stäcker

Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Bremen e.V.

Es ist nicht ganz einfach, nach einem gewissen zeitlichen Abstand den Versuch zu unternehmen, eine kritische Würdigung der veranstalteten Fachtagung durchzuführen.

Die Ausgangsvorstellungen, die Erwartungshaltung und die Hoffnung auf praktische Ergebnisse waren und sind auch heute noch zu unterschiedlich. Trotzdem ist wohl von allen Beteiligten – Wissenschaftlern, Praktikern, Politikern und andere Interessierte – gemeinsam und übereinstimmend festgehalten worden, daß diese Fachtagung eine Vielzahl von Erkenntnissen, Feststellungen und Impulsen für die Zukunft gebracht hat.

Es gab genügend konkrete Anhaltspunkte dafür, wie, unter welchen Bedingungen usw. eine frühkindliche Erziehung von Kindern unter 3 Jahren außerhalb der Familie nicht nur nicht schädlich, sondern sogar positiv sein kann. Unbedingt notwendig ist deshalb, die Bemühungen um die Verbesserung der Tagesbetreuungs-möglichkeiten, z.B. durch das beabsichtigte Forschungsprojekt an der Universität Bremen, fortzuführen. Dies ist besonders wichtig, um auch die sich verändernden gesellschaftspolitischen Bedingungen mit einzubeziehen.

Positiv war, daß Wissenschaftler direkt, und nicht über andere Publikationen bzw. Medien miteinander diskutieren konnten. Sowohl Politiker und Eltern konnten ihre Vorstellungen einbringen als auch praktische Erfahrungen vorgetragen werden. Über das, was gesagt und vorgeschlagen wurde, gab es zahlreiche zufriedene, aber auch eine Reihe enttäuschter Teilnehmer.

Angesichts der alle Bundesländer und viele Staaten Sorge bereitenden Finanzsituation lassen sich kurzfristig keine praktischen Lösungen aufzeigen. Es ist auch falsch interpretiert worden, daß ein flächendeckendes Angebot zur Tagesbetreuung für Kinder unter 3 Jahren gefordert wurde.

Richtig ist, daß punktuell intensiver als bisher nach Möglichkeiten gesucht werden muß – dies kann auch in vorhandenen Kindertagesheimen ebenso wie in Elterninitiativen geschehen – wie ein verbessertes Angebot erreicht werden kann. Daß dieses angesichts der Einsparungen in öffentlichen Haushalten nicht leicht ist, wurde ebenfalls bei der Tagung deutlich. Gerade die Vorlage der Dokumentation soll indes ein weiterer direkter Anlaß sein darüber nachzudenken, wie man in absehbarer Zeit unter veränderten finanziellen Rahmenbedingungen trotzdem zu konkreten Angeboten kommen kann.

Diese Tagung sollte und darf auch im-Nachhinein keine „Alibi“-funktion erhalten. Sie sollte dazu beitragen, die vorhandene Bewußtseinsveränderung in diesen wichtigen Fragen stärker zum Ausdruck zu bringen. Die Tagung sollte weitere Anstöße in qualitativer Hinsicht für alle Interessierten geben. Dieses ist „auch“ das Anliegen des Tagungsberichtes. Ohne die Mithilfe anderer ist das, was Inhalt und Zielvorstellung der Tagungsteilnehmer war, nicht zu leisten.

Die Bremer Arbeiterwohlfahrt hat die Durchführung und Abwicklung, aufbauend auf ihre Erfahrungen als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege, gern übernommen.

Für die Abwicklung der Tagung und die Erstellung des Tagungsberichtes gebührt Ilsa Diller-Murschall und Michael Schablow besonderer Dank.

Nicht unerwähnt bleiben darf auch der finanzielle Beitrag der Deputation für Jugendhilfe, des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt und des Senators für Soziales, Jugend und Sport.

Durch die Teilnahme namhafter Wissenschaftler hat die Tagung über den lokalen Rahmen hinaus Beachtung und Anerkennung gefunden.

Die Bremer Arbeiterwohlfahrt hofft und wünscht, daß man auf diesem Gebiet bei der weiteren Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse nicht stehen bleibt, sondern daß diesem im Interesse von Kindern unter 3 Jahren zukünftig weitaus stärkere Beachtung geschenkt wird.

Dieser wichtigen Aufgabe wird und will sich die Arbeiterwohlfahrt nicht entziehen.

Bremen, 11.09.81

Schlußwort zum Bericht über die Fachtagung „Was brauchen unsere Kinder in den ersten 3 Lebensjahren?“

Dr. Henning Scherf

Senator für Soziales, Jugend und Sport, Bremen

Der hier von der Arbeiterwohlfahrt vorgelegte Bericht über eine auf meine Anregung hin durchgeführte und von der Deputation für Jugendhilfe geforderte Fachtagung über die erzieherischen Bedürfnisse von Kindern unter drei Jahren stellt einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem den Bedürfnissen der Kinder und den Wünschen der Eltern angemessenen familienergänzenden Angebot für diese Altersgruppe dar.

Ich habe diese Arbeit und die damit an mich herangetragenen Wünsche, in größerem Umfang eine staatliche Kleinkindbetreuung anzubieten oder intensiv zu fördern, skeptisch begleitet. Mit vielen Eltern bin ich der Auffassung, daß die sozialen Beziehungen ihrer Kleinkinder möglichst nicht in institutionalisierten Formen öffentlicher Erziehung organisiert werden sollten. Aber gerade wegen dieser Vorëingenommenheit habe ich mich mit großem Interesse auf die Diskussion der Frage „Was brauchen unsere Kinder in den ersten drei Lebensjahren?“ eingelassen.

In den Veranstaltungen, an denen ich teilgenommen habe, und aus den bisherigen Veröffentlichungen habe ich gelernt, daß es zu einem großen Teil um die Interessenslage der Mütter geht. Diese formulieren ihre Interessen. Sie sind dabei, diese zu politisieren, bei wachsender Mobilisierung der Betroffenen. Die möglicherweise dagegen stehenden Interessen der Kinder sind schwer zu ermitteln. Dafür haben wir Experten befragt und über Voraussetzungen und Bedingungen der Kleinkinderziehung gesprochen. Ich habe nicht den Eindruck gewonnen, daß dieser Diskussionsprozeß schon mit sicheren Ergebnissen abgeschlossen ist. Sicher scheint mir nur zu sein, daß hier ein Interessenskonflikt sichtbar wird, bei dem die politisch Verantwortlichen vor schnellen Antworten gewarnt werden müssen.

Auf der einen Seite dürfen wir den nachdrücklich fordernden Interessierten, die sich für institutionalisierte Angebote der Kleinstkinderziehung außerhalb der Familie entschieden haben, nicht allein mit der Angst vor unerfüllbaren Forderungen begegnen. Auf der anderen Seite müssen wir uns davor hüten, mit Hinweisen auf die fachlichen Warner und unter Rückgriff auf die schweigende Mehrheit nichts zu tun und abzuwarten. So würde ich auch die unter dem Stichwort „flächendeckendes Angebot“ im Verlauf der Fachtagung geführte Auseinandersetzung verstehen: Die Befürworter neigen dazu, viel zu fordern (um wenigstens etwas zu erreichen) – die Geforderten müssen abweisend reagieren (weil das Geforderte nicht realisierbar erscheint). Wenn man diesen Prozeß genau analysiert, scheint mir allerdings eine Lösung in vertretbaren Schritten und Beziehungszusammenhängen nicht ausgeschlossen zu sein.

Ich meine deshalb, daß diese Fachtagung nur ein erster Schritt gewesen sein kann, um auch den politischen Diskussionsprozeß in Gang zu setzen. Der nächste Schritt wird die Beratung und Meinungsbildung zur Entwicklung von Angeboten für Kinder bis zu 3 Jahren in der Deputation für Jugendhilfe sein.

Ohne dieser Diskussion vorgreifen zu wollen, muß ich bei realistischer Einschätzung der Ausgangsbedingungen darauf hinweisen, daß kurz- bis mittelfristig kein finanzieller Spielraum für kostenwirksame Maßnahmen zu gewinnen sein wird. Ich werde also vorerst über den in der Fachtagung kritisierten „Nothilfe“-Ansatz nicht hinausgelangen. Ich kann kostenwirksam nur die bereits heute bei existenzieller Gefährdung bestehenden Lösungen anbieten, d.h. Tagespflegebetreuung verbessern und Angebote für Kleinkinder in bestehenden Einrichtungen (z.B. Haus der Familie) schwerpunktmäßig organisieren.

Mittelfristig halte ich es für möglich in begrenztem Umfang Mischgruppen mit Kleinkindern und Vorschulkindern in Kindertagesheimen anzubieten und Eltern-Kind-Gruppen für drei- bis sechsjährige Kinder zu fördern.

Ausgesprochene Krippen würden mir nur dann einzurichten wert sein, wenn die in der Fachtagung im Interesse der Kinder für erforderlich gehaltenen Bedingungen erfüllt werden könnten. Da ich aber bis 1985 keine räumlichen und personellen Möglichkeiten sehe, kann ich auf die konkrete Planung von Krippen z.Zt. nicht eingehen. Bei künftigen Fortschreibungen der Finanzplanungen will ich versuchen, auch Angebote der Stadtgemeinde unter Berücksichtigung der dann sicher weiter fortgeschrittenen, fachlichen und politischen Diskussion für diese Altersgruppe zu entwickeln. Wenn ich ein solches Angebot auszubauen beginne, würde ich dies zunächst dort und für die tun müssen, deren soziale Lage dies am dringendsten erscheinen läßt, z.B. in sozial benachteiligten Gebieten unserer Stadt.

Ich weiß, daß diese Ansichten für die Organisatoren und viele Teilnehmer der Fachtagung nicht befriedigen können. Trotzdem glaube ich, daß sich Aufwand und Mühe gelohnt haben, weil die faire und fachlich fundierte Diskussion zu einer Versachlichung der Auseinandersetzung um das, was unsere Kinder in den ersten drei Lebensjahren gebrauchen, beigetragen hat. Dafür möchte ich allen Beteiligten danken.

Bremen, 09.09.81